Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ der Sozialistischen Partei der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 80 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 6 | Donnerstag, den 8. Januar 1920 | 11. Jahrgang

Verrat der Idee.

Ein Spiegelbild des Entente-Imperialismus.

Der große Dramaturg Bernard Shaw entwirft in einer von der „N. Fr. Pr." veröffentlichten Betrachtung über die nächste „Entwickelung" von der geistigen Strömung Englands gegen die Wucherpolitik des Obersten Rates ein Bild von wahrhaft plastischer Klarheit. Er schreibt:

Die gegenwärtige Lage wird nicht von Dauer sein. Obgleich eine Zeitung eine Berechnung aufstellte, wonach augenblicklich nicht weniger als dreiundzwanzig Kriege geführt werden, um den Frieden zu sichern, ist England doch nicht mehr in Uniform, und eine heftige Reaktion tritt gegen die rohe Kost der vier schrecklichen Jahre ein. Viele von uns werden aus dem Narrenparadies, in dem sie lebten, durch die merkwürdige Veränderung, die der Krieg in der Verteilung des Einkommens hervorgerufen hat, gestoßen. Es scheint uns nicht lange her zu sein, daß einer noch Millionär war, der jährlich fünfzigtausend Pfund Sterling hatte. Wenn er heutzutage seine Einkommensteuer und seine Zuschlagsteuer bezahlt und sein Leben um den Betrag seiner Todessteuern versichert hat, ist er glücklich, wenn sein Reineinkommen zehntausend Pfund beträgt, obgleich sein ursprünglicher Besitz gleich geblieben ist. Und das ist das Resultat eines Budgets, das ein „Aufschub für die Reichen" genannt wird. Andererseits haben Millionen Menschen zum ersten Male in ihrem Leben ein regelmäßiges Einkommen gehabt und die Männer wurden regelmäßig bekleidet, ernährt, bequartiert und gelehrt, sich darüber klar zu werden, daß gewisse Dinge getan werden müssen. Auch Hunderttausende von Frauen sind zum ersten Male in ihrem Leben aus ihren häuslichen Käfigen gekommen und haben sowohl Disziplin als auch Unabhängigkeit kennen gelernt. Die gedankenlose Mittelklasse ist durch die wenig erheiternde Erfahrung, bis zu einem beispiellosen Grad ruiniert zu sein, scharf gehemmt worden. Wir haben alle einen ungeheuren Stoß bekommen, und obgleich sich die weitverbreitete Meinung, daß die Kriegserschütterung automatisch einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen würde, und daß der Hund nie mehr zurück zu seinem Auswurf gehen, noch die Sau sich in ihrem Kot wälzen wird (Luthers Uebersetzung von II. Peter, Kapitel 2, Verszeile 22), schon als eine Täuschung erwiesen hat, sind wir dennoch unserer Lage viel bewußter, als wir es waren und weit weniger geneigt, uns ihr zu unterwerfen. Die Revolution, neulich bloß ein sensationelles Kapitel in der Geschichte oder ein abgenütztes Schlagwort der Demagogen, ist jetzt eine so drohende Möglichkeit geworden, daß sie durch den Versuch, sie in anderen Ländern mit den Waffen oder mit Schmähungen zu unterdrücken und diese Handlungsweise Antibolschewismus zu nennen, von unserer Regierung bei uns zu Hause kaum abgewehrt werden dürfte.

Vielleicht ist der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der einmal Historiker war, die tragischste Gestalt des heutigen Tages. In unseren Tagen ist es seine Aufgabe, uns zu erzählen, wie nach dem großen Krieg in Amerika, der deutlicher als jeder andere Krieg unserer Zeit ein Krieg für eine Idee gewesen ist, die Sieger der heroischen Aufgabe des Wiederaufbaues gegenübergestellt, der Idee untreu wurden und fünfzehn Jahre damit verbrachten, ihren Sieg unter dem Deckmantel, ihre Aufgabe zu erfüllen, die sie nach besten Kräften unmöglich machten, zu mißbrauchen. Leider hatte Hegel recht, als er sagte, daß uns die Geschichte lehrt, daß die Menschen aus der Geschichte niemals etwas lernen. Mit welcher Seelenqual der Präsident sieht, daß wir, die neuen Eroberer, alles vergessen, wofür zu kämpfen wir vorgaben, wie wir uns triefenden Mundes zu einer guten, reichlichen Mahlzeit von zehn Jahren Rache niedersetzen und Demütigungen für unseren unterworfenen Feind ersinnen, das können nur die ermessen, die wissen, wie hoffnungslos seine Warnung bleibt und wie glücklich Lincoln war, weil er [illegible] der Erde verschwand, bevor seine begeisterten Botschaften zu Fetzen Papier wurden. Er weiß wohl, daß durch die Friedenskonferenz, trotzdem er sein Aeußerstes tat, kein Gericht kommen wird, auf Grund dessen er so wie Lincoln imstande sein würde, „das ernste rücksichtsvolle Gericht der Menschheit und die gnädige Gunst des Allmächtigen" herabzuflehen. Er führte sein Volk in den Krieg, um den Militarismus von Zabern zu zerstören, und die Armee, der sein Volk zu Hilfe kam, ist in Köln eifrig damit beschäftigt, jeden Deutschen einzusperren, der einem britischen Offizier den Gruß verweigert, während die Regierung, befragt, ob sie damit einverstanden sei, antwortet, daß sie nicht einmal vorhabe diesen Zaberismus aufzugeben; wenn der Friede vollzogen sein wird, hofft sie die Deutschen zu zwingen, bis ans Ende der Welt britischen Offizieren die Ehrenbezeugung zu leisten. Das ist es, was der Krieg aus Männern und aus Weibern macht. Das alles wird sich abnützen und das Schlimmste, was gedroht hat, erweist sich schon als undurchführbar. Aber bis das demütige und zerknirschte Herz nicht länger verachtet wird, werden der Präsident und ich, die wir im gleichen Alter stehen, kindische Greise geworden sein. In der Zwischenzeit gibt es für ihn noch eine Geschichte zu schreiben, für mich eine Komödie auf die Bühne zu bringen. Vielleicht ist das letzten Endes das, wozu die Kriege und wozu die Historiker und die Dramatiker dienen. Wenn die Menschen nichts lernen wollen, ehe ihre Lektionen mit Blut geschrieben werden, wohlan, dann soll es lieber ihr eigenes sein.

Tarifbewegung der Eisenbahner.

Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien.

Berlin, 7. Jan. (W. B.) Zwischen Vertretern dreier Eisenbahnerverbände einerseits und Mitgliedern der Mehrheitsparteien der preußischen Landesversammlung und der Staatsregierung andererseits fand am Mittwoch nachmittag eine gründliche Aussprache, die aber nur orientierenden und unverbindlichen Charakter hatte und den gesamten Komplex der Lohnfrage der Eisenbahner umfaßte, statt. In einer der nächsten Sitzungen wird sich das Staatsministerium mit der von dem deutschen Eisenbahnerverband über die gleiche Angelegenheit eingereichten Eingabe befassen.

Die Lage in Frankfurt a./M.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Nach Meldungen der „Frankfurter Zeitung" ist eine Verschärfung der Lage bei den Eisenbahnern nicht eingetreten, aber eine Besserung auch nicht. Von einer vollen Wiederaufnahme der Arbeit ist noch keine Rede. Die Hemmungen und Störungen des Hauptbahnhofs dauern noch an, namentlich im Ortsverkehr.

Zwischen sämtlichen Frankfurter Eisenbahnerorganisationen ist in Anbetracht der gemeinsamen Interessen bei der Eisenbahnerbewegung Frieden geschlossen worden. Die Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung, indem sie die Bewegung als einen Kampf aller Eisenbahner bezeichnen.

Eisenbahnerstreik in Dortmund.

Bochum, 6. Jan. Nachdem ein Teil der Eisenbahnarbeiter auf dem Rangierbahnhof in Dortmund in den Streik getreten ist, beschlossen die Arbeiter des Bahnhofs Längendreer heute abend in den Streik zu treten.

Die Wahlaussichten der Arbeiterpartei in England.

Der englische Minister Churchill hatte kürzlich geäußert, daß die englische Arbeiterpartei, die bei den Wahlen der letzten Monate große Erfolge errungen hat, zur Uebernahme der Regierung ungeeignet sei. Die Aeußerung Churchills hat in der politischen Welt große Erregung hervorgerufen.

Der Arbeiterführer Thomas erklärte, Churchill habe als letzter das Recht, uns der Unfähigkeit zum Regieren zu beschuldigen. Seine eigene Unfähigkeit und seine Luftschlösser hätten Tausenden von Menschen das Leben gekostet. Die Regierung, nicht die Arbeiterkreise seien es gewesen, die die Welt in die heutige Lage, die schlimmer sei, als je, gebracht habe.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Times" schreibt: Die niedrigste Schätzung erfahrener politischer Organisatoren gebe die Stärke der Arbeiterpartei im nächsten Parlamen gebe die Stärke der Arbeiterpartei im nächsten Parlament mit 150 Mitgliedern an. Der jüngsten Schätzung zufolge werde die Partei sogar die absolute Mehrheit haben.

Schottlands Sozialisten für die 3. Internationale.

Amsterdam, 7. Jan. Laut „Telegraaf" meldet der Evening Stendard, daß die sozialistischen Verbände Schottlands der englischen unabhängigen Arbeiterpartei sich für den Anschluß an die Internationale von Moskau ausgesprochen und beschlossen haben, Lenin zum Führer der englischen unabhängigen Arbeiterpartei und zum Nachfolger von Karl Marx, als Führer der gesamten sozialistischen Bewegungen zu ernennen.

Ausfuhrverbot für Textilwaren.

Im „Vorwärts" wird ausgeführt, daß der Industrie durch günstige Rohstoffbeschaffung Boden unter die Füße geschafft werden müsse. Das könne nur geschehen durch Organisierung der Rohstoffeinfuhr auf der Basis der Devisenbeschaffung durch die Warenausfuhr. Das jetzt erlassene Ausfuhrverbot für Textile habe den Zweck, diese Waren für den Inlandbedarf zurückzubehalten. Dieser Zweck sei sehr löblich; es sei nur schade, daß die Verordnung 10 Monate zu spät komme.

Arbeitslosendemonstration in Hamburg.

Hamburg, 7. Jan. (W. B.) Im Anschluß an eine Versammlung der Arbeitslosen bildete sich heute mittag ein Demonstrationszug, der nach dem Rathause zog, um durch eine Abordnung beim Senat neuerdings vorstellig zu werden. Nach der Rückkehr der Abordnung aus dem Rathause wurde die Menge von den Sicherheitsmannschaften die vor dem Rathause aufgestellt waren, wiederholt zum Auseinandergehen aufgefordert. Dieser wurde aber nicht Folge geleistet. Darauf wurden von den Sicherheitsmannschaften einige Schreckschüsse abgegeben. Es wurde niemand dabei verletzt. Die Menge zerstreute sich und die Ordnung wurde wiederhergestellt.

Am 17. Januar Wahl des Präsidenten Frankreichs.

Paris, 7. Jan. (Havas.) Kammer und Senat sind für den 17. Januar zur Nationalversammlung nach Versailles einberufen, um die Neuwahl des Präsidenten der französischen Republik für die kommenden sieben Jahre vorzunehmen.

Die Hoffnungen der Sowjetregierung.

London. Folgende Neujahrsproklamation hat die Sowjetregierung an das russische Volk erlassen: Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen, sowohl vor wie hinter der Front hat es die Macht des Sowjets noch gefestigt. Auf dem Schlachtfelde hat die rote Armee den gegenrevolutionären Elementen Todesstöße versetzt, unter denen die zaristischen Generale zusammengebrochen sind. Die Scharen unter dem roten Banner führen unseren Siegeslauf in das neue Jahr hinüber, das uns den siegreichen Abschluß der Bürgerkriege bringen wird. In Sibirien, in der Ukraine, am Don, im Kaukasus ertönt der Ruf nach Aufstellung von Sowjets. Wir werden aber auch in Berlin, in Washington, in Paris und London Arbeiter- und Soldatenräte einsetzen, und die Macht des Sowjets wird sich dereinst über die ganze Welt erstrecken. Es lebe das Revolutionsjahr 1920!

Zum Vormarsch der Bolschewisten in Westsibirien.

Berlin, 8. Jan. Die Bolschewisten melden die Einnahme der Stadt Tomsk, deren Fall nach der Einnahme der Station Taiga eigentlich schon entschieden war. Im südlichen Teil des Gouvernements Tomsk sind die Bolschewisten in ständigem Vorrücken begriffen, haben die Stadt Biisk besetzt und sind in südlicher Richtung bis zum Dorfe Saraitoie vorgedrungen. Die Stadt Biisk, die an der Bija liegt, ist Endpunkt der Ob-Schiffahrt und liegt nicht weit von der Vereinigung der Bija mit der Katunja, die in ihrem weiteren Lauf den Ob bilden. Das reiche Kohlengebiet von Kusnezk am Oberlauf des Tom ist von den Bolschewisten gleichfalls besetzt. Von Biisk führt über Altaiskaja (50 Kilometer südlich von Biisk) und über Kulgan die beste Straße in das Altaigebirge.

Kampf zwischen Letten und Bolschewisten.

Kopenhagen, 7. Jan. Das Lettische Preßbureau in Kopenhagen teilt mit: Am 3. Januar morgens begann die lettische Offensive gegen die Bolschewisten, in der Richtung Dünaburg. Um 2 Uhr hielt das lettische Heer seinen Einzug in Dünaburg, gleichzeitig mit den polnischen Truppen, die von Süden kamen. Die lettischen und polnischen Truppen setzten ihren Vormarsch längs der Eisenbahnlinie Dünaburg-Rakow fort.

Zarengenerale als bolschewistische Heerführer.

Paris, 6. Jan. In Paris ist man einigermaßen erstaunt, daß eine ganze Reihe ehemals zaristischer Generale, die als Vertreter des Zaren mehrfach in Paris geweilt haben, jetzt auf Seiten der Bolschewisten kämpfen. Der Verräter seines ehemaligen Waffengefährten Koltschak, General Gnerk, ist an erster Stelle unter diesen [illegible] des alten Regimes, die die weiße mit der roten Fahne vertauscht haben. Der Eroberer von Kiew, General Gourko, war einstmals ein besonderer Günstling des Zaren, General Tscheremissow war Leiter der Kriegsakademie des Zaren, General Klembowsky war Kommandeur des Stabes der früheren Südwestarmee. Als bekannter Militärschriftsteller trat früher der jetzige Bolschewist General Snetschkin hervor, General Radko-Dimitrowitsch war Führer der früheren 6. Armee, General Bagoffi Divisionskommandeur der 6. Division. Auch die Obristen Scheff, Sokine, Egoriess, Nadeine, Busch-Bronkewitsch, Sniessariess, Potapoff u. a. bekleideten früher hohe Stellen in der Armee des Zaren.

Eine Warnung.

Im Auftrage der Groß-Berliner Gemeinden begab sich am Montag eine Abordnung der Groß-Berliner Gemeinden unter Führung des Oberbürgermeisters Wermuth zum Reichskanzler, der sie in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers, des Staatskommissars für Volksernährung und anderer Vertreter von Reichs- und Staatsernährungsbehörden empfing. Wir haben über diese Sitzung bereits kurz berichtet. Der Reichskanzler hatte erklärt, daß die Versorgung mit Brot und mit Nährmitteln und mit Kartoffeln bis Mitte Februar voll gesichert sei.

Dazu schreibt die Berliner „Freiheit“:

„Die Zuversicht der Regierungsvertreter scheint nach diesen Mitteilungen nicht auf realen Tatsachen zu beruhen, sondern auf Hoffnungen, die bei der bisherigen Lieferungsunlust der Landwirte doch wirklich nichts weniger als begründet sind. Daß die Lieferungsprämien die bis jetzt zurückgehaltenen Vorräte überhaupt, und auch so rasch als es die Notlage erfordert, zum Vorschein bringen werden, erscheint uns nach den in den Kriegsjahren gemachten Erfahrungen mit Prämien keineswegs sicher.

Wir vermissen deshalb in der Erklärung der Regierung vor allem die feste Zusage, daß sie sofort mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln, insbesondere auf die Ablieferung des Getreides, hinwirken wird und widerspenstigen Landwirten und Landräten zeigt, daß es auch ihnen gegenüber noch eine Staatsgewalt gibt. Die Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Landwirten hat diese ja erst dahingebracht, daß sie glauben, die Herren im Lande zu sein und ihre Diktatur gegenüber den Städten unumschränkt zur Geltung bringen zu können.

Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung andere Seiten gegenüber den Agrariern aufzieht, sonst ist der Zusammenbruch unvermeidlich.“

Ein gescheitertes Bündnis.

Die weitere Veröffentlichung der Briefe Wilhelm II. an den Zaren Nikolaus durch die „Voss. Ztg.“ bringt überaus interessante Aufschlüsse aus einer Zeit, die man als die außenpolitische Konfliktszeit bezeichnen könnte. Aus dem vom 30. Mai 1898 datierten, als „privat und streng vertraulich“ bezeichneten Kaiserbrief geht hervor, daß England ein dringendes Bündnisangebot wiederholt an Deutschland ergehen ließ. Das Angebot, dessen Annahme oder Ablehnung in jedem Falle von weittragender Bedeutung für Deutschland und darüber hinaus für Europa sein mußte, wurde bekanntlich später abgelehnt, charakteristisch für die Art, in der bei uns allerhöchste Politik getrieben wurde, ist die Behandlung, die der Frage seitens Wilhelms II. zuteil wurde. Dieser verweist in dem Schreiben an „Niki“ auf das offenbar durchaus ernstgemeinte Anerbot, will sich aber trotz der Dringlichkeit des englischen Ersuchens und trotz des Hinweises auf die gänzlich geänderten politischen Verhältnisse in Deutschland seine Stellungnahme vorbehalten. Er zieht es vielmehr vor, sich zunächst bei seinem Freund und Vetter zu erkundigen, was dieser ihm zu bieten habe. Die Briefstelle lautet:

„Nun bitte ich dich, als meinen alten und vertrauten Freund, mir zu sagen, was du mir bieten kannst und tun willst, wenn ich ablehne.“

Bezeichnend, höchst bezeichnend für den politischen Dilettantismus des Mannes, der schwerwiegende politische Geschehnisse im Händlergeist zu lösen suchte.

Nicht ohne Interesse für die Beurteilung des Charakters Wilhelms II. sind die Ratschläge, die er diesem am Schlusse des von Rußland verlorenen Russisch-Japanischen Krieges erteilt. In einem vom 5. Juni 1905 datierten Briefe weist er auf die Unpopularität einer Fortsetzung des Krieges hin und fährt fort:

„Ist mit der Verantwortlichkeit eines Herrschers es vereinbar, eine gesamte Nation weiter zu zwingen, gegen ihren ausdrücklichen Willen ihre Söhne in den Massentod zu schicken, lediglich für seine Sache? Nur für diese Art Vorstellung nationaler Ehre? Nachdem das Volk durch sein Benehmen klar seine Mißbilligung einer weiteren Fortsetzung des Krieges zum Ausdruck gebracht hat? **Wird nicht mit der Zeit das Leben und Blut all dieser nutzlos hingeopferten Tausende vor die Tür des Herrschers niedergelegt werden,** und wird er nicht einstmals von ihm, dem Herrscher und Herrn aller Könige und Menschen aufgerufen werden, sich für die zu verantworten, die unter seine Obhut von dem Schöpfer gestellt worden sind, der ihre Wohlfahrt ihm anvertraute? Nationale Ehre ist ein sehr gutes Ding an und für sich, aber nur in dem Fall, daß die Gesamtheit der Nation selbst bestimmt, sie mit allen möglichen Mitteln aufrechtzuerhalten. Aber wenn die Wege einer Nation dahin weisen, daß sie geirrt hat und daß „alles verloren, nur nicht die Ehre“ ihre Devise ist, ist es dann nicht vernünftig, daß auch der Herrscher, zweifellos mit schwerem Herzen, die Fahnen nicht und Frieden schließt? Selbst wenn es ein bitterer Friede wird? Besser als durch die Verlängerung eines so unpopulären Krieges ein so erbittertes Gefühl in seinem Lande zu schaffen, daß es selbst nicht vor ernsthaften Schritten zurückweicht, um eventuell den Herrscher zu zwingen, seine Wünsche zu erfüllen und seine Ansichten anzunehmen?“

Es ist für die Psychologie Wilhelms II. von höchstem Interesse, diese durchaus zutreffenden Bedenken, die er dem Zaren gegenüber äußert, zu vernehmen und sie mit seiner praktischen Durchführung zu vergleichen. Die Ratschläge, die er dem russischen Zaren im Jahre 1905 erteilt, mit seinem eigenen Verhalten während des Weltkrieges in Einklang zu bringen, dürfte schwer fallen.

Wilhelm II. und sein Sohn.

In der Zeitschrift „Weltbühne“ veröffentlicht ein höherer Stabsoffizier Betrachtungen über die deutschen Heerführer. Wir lesen da über den ehemaligen Kaiser und seinen Sohn folgendes:

Von den Fähigkeiten des Kronprinzen als Heerführer kann ganz abgesehen werden: tatsächlich hat er niemals geführt, sondern immer nur die Befehle seines Chefs unterschrieben. Seine übrige Tätigkeit bestand darin, daß er bei den Truppen herumfuhr, an Leutseligen Fürstenmanieren, Orden verteilte, Ansprachen hielt und ähnliche Dinge trieb. Das machte er ganz nett, jedenfalls sehr viel besser als sein Vater. Dieser hatte die Gabe, den richtigen Ton meistens zu verfehlen. Da standen zum Beispiel bei glühender Hitze, von weither in mühseligen Märschen zusammengezogen, in schweren Stahlhelmen Mannschaften der verschiedenen Regimenter, die von Seiner Majestät ihre Kreuze bekommen sollten. Eine Reihe Kraftwagen fuhr daran. Der Kaiser, von oben bis unten mit Orden behängt, bunt und glänzend wie ein Pfau, steigt aus, grüßt obenhin und ruft: „Na, Kerls ich höre, ihr habt den Russen den A . . . verhauen. Das freut mich. Hoffentlich werdet ihr den Franzosen auch noch jetzt den A . . . verhauen.“ Noch ein kurzer, nachlässiger Gruß, dann verteilt der Flügeladjutant die Orden; es hieß: „Rührt euch!“, und nun konnten die durstigen und hungrigen Leute zusehen, wie aus den Kraftwagen ein reichliches Frühstück herausgeholt und verzehrt wurde, wie die Sektpfropfen knallten und wie die hohen Herrschaften überaus munter und vergnügt waren. Es war für keinen Zuschauer zweifelhaft, daß die Mannschaften, die noch nicht Sozialdemokraten waren, es durch diese Szene werden mußten.

So ungeschickt hätte das der Kronprinz kaum angestellt. Er ist zweifellos heller als sein Vater, über den er sich eigentlich stets lustig machte; wie denn überhaupt der Kaiser bei seinen eigenen Söhnen keine große Liebe genießt. Sie alle, samt ihren Frauen hängen mehr an der Kaiserin, die sicherlich sehr viel beschränkter ist als ihr Gemahl, die aber andererseits sehr viel mehr Herzensbildung und Charakter hat.

Die Randbemerkungen.

Pladdradautz! Jetzt hat's gebumst! —
Monarchist ist reingeplumst!

Mit bezug auf Willem sen.
Fühlt er was mit Grundeis gehn.

Ei, ei, ei! und hem, hem, hem!
Kinder, was macht bloß S. M.?

Erst der Speichelfluß, hurrje!
Dann die Tintendiarrhöe!

„Esel“, „Rindvieh“, „Schaf“ — hoho!
Schreibt denn ein Gesalbter so?

Warum hat sich nicht beherrscht
„Unser hoher Landesherscht?

Sache riecht auf jeden Fall
Ganz bedeutend nach dem Stall!

Monarchist schaut ganz verquast:
Ehrfurcht vor S. M. verblaßt.

(Welt am Montag.) Altro.

Nach Schill kommt York.

In der monarchistischen Presse setzen die Führer der Baltikumtruppen ihre Treibereien gegen die Republik fort und überhäufen auch die Regierung, die die Meuterer bisher wie liebevolle Kinder behandelt hat, mit Spott und Hohn. In der schwerindustriellen „Deutschen Ztg.“ unternimmt einer der Wallensteiner den Versuch, das Verhalten der berüchtigten Eisernen Division moralisch zu rechtfertigen. Er kommt dabei zu dem Schluß:

„Mag die Reichsregierung uns auflösen, die Eiserne Division stirbt darum noch nicht. Wofür sie ein Jahr lang gekämpft hat, wird sie weiter kämpfen. Hindernisse sind dazu da, daß sie überwunden werden. Wenn auch das jetzige Hindernis fast unüberwindlich scheint und die Regierung der Eisernen Division den Todesstoß versetzen will, so werden wir uns alle wieder um unseren alten Führer scharen, wenn er uns rufen wird. **Und die Zeit wird kommen, vielleicht eher, als wir alle ahnen. Ohne Schill kein York, ohne Stralsund kein Tauroggen! Den Schill haben wir gefunden,** den York hoffentlich auch.

Den Schill haben die Baltikumer also gefunden. Es war der Major Bischoff. Wer der York sein wird, ist gleichgültig. Es gibt jedenfalls mehrere Anwärter für diesen Posten, und die Regierung sorgt ja durch ihre Nachsicht dafür, daß die Meuterer ihre Vorarbeiten auf Tauroggen ungestört ausführen können und sich in der Auswahl ihrer Führer nicht zu überstürzen brauchen. Einstweilen freuen sie sich darüber, daß ihnen die Offiziersgehälter und Ruhepensionen gewährt werden, die durch die deutschen Steuerzahler in mühevoller Arbeit aufgebracht werden müssen.

Religionsunterricht „hintenrum“.

Der „Vorwärts“ berichtet: „Damit dem Volk die Religion erhalten bleibt, muß — den Schulkindern der Religionsunterricht erhalten bleiben. So fordern es die Frommen und solche, die dafür gelten wollen. Was aber kann geschehen zur Rettung der „gefährdeten Seelen“ derjenigen Kinder, die auf Antrag ihrer Eltern von der Teilnahme an den Religionsstunden befreit wurden? Ei, da muß man es eben verstehen, den gesamten Unterricht aller Lehrfächer so „mit Religion zu durchtränken“, daß den Kindern jede Stunde zu einer Religionsstunde wird!

Wie das gemacht werden kann, zeigt ein Beispiel, das wir aus der Berliner 68. Gemeindeschule für Knaben (Reichenberger-Straße 44) erfahren. Im Deutschunterricht seiner Klasse III M hat der Lehrer zur Einübung der Deklination persönlicher Fürwörter eine schriftliche Arbeit anfertigen lassen. Da lesen wir in der uns vorgelegten Arbeit eines Schülers folgendes Erbauliche:

1. Person. Einzahl.	2. Person. Einzahl.
1. Ich bin Gottes Kind.	1. Du bist Gottes Kind.
2. Meiner gedenkt Gott.	2. Deiner gedenkt Gott.
3. Mir tut Gott Gutes.	3. Dir tut Gott Gutes.
4. Mich liebt Gott.	4. Dich liebt Gott.
Mehrzahl.	**Mehrzahl.**
1. Wir sind Gottes Kinder.	1. Ihr seid Gotteskinder.
2. Unser gedenket Gott.	2. Euer gedenket Gott.
3. Uns tut Gott Gutes.	
4. Uns liebt Gott.	

— und so fort in den drei Personen, für die dritte Person auch in den drei Geschlechtern (er, sie, es), jedesmal in Einzahl und Mehrzahl mit den vier Fällen. Im ganzen ergibt das 32 Sätze, in denen 32 mal „Gott“ vorkommt.

Wenn nach solcher „Kur“ die Kinder „fromm und sittlich“ werden und der deutschen Volkes Zukunft nicht gesichert ist — ja, dann wissen wir wirklich nicht mehr, was noch helfen soll!“

Geldumlauf und Teuerung.

Geldumlauf und Teuerung hängen aufs engste miteinander zusammen. Nach einer amtlichen englischen Statistik haben sie sich bei unseren Gegnern folgendermaßen entwickelt:

	Geldumlauf 1913 = 100	Großhandelspreise 1913 = 100
Vereinigte Staaten (Mai 1919)	172	206
Japan (Mai 1919)	225	215
Großbritannien (August 1919)	244	257
Frankreich (Juni 1919)	365	330
Italien (April 1919)	440	330

Je größer die Zunahme des Geldumlaufs, desto größer die Steigerung der Preise. Das Bild wäre noch klarer, wenn die Mittelmächte und Rußland in den Vergleich miteinbezogen worden wären. Bei uns z. B. ist der Geldumlauf auf annähernd das Zehnfache, die Großhandelspreise auf etwa das Achtfache gestiegen. Dieselbe Reihenfolge unter den Ländern ergibt auch ein Vergleich der Devisenkurse. Besser als in England ist die Valuta in Amerika und Japan, schlechter in Frankreich, Italien und Deutschland. Eine dauernde Besserung unserer Valuta können wir denn auch nur durch eine Verminderung des Geldumlaufs, durch eine Abbürdung der schwebenden Schulden erreichen.

Folgen der freien Lebensmittelwirtschaft.

Einen für Deutschland sehr schätzenswerten Versuch der Ueberführung der staatlichen Lebensmittelbewirtschaftung in den freien Handel hat England gemacht. Der „Yorkshire Observer“ berichtet darüber:

„Da die öffentliche Meinung darauf drängte, wurde die Kontrolle über Speck aufgehoben. Es wurde versichert, daß die Preise stark und dauernd fallen würden, aber das Gegenteil war der Fall. Vier Monate lang stiegen die Preise regelmäßig. Große Mengen von minderwertigem Speck wurden auf privatem Wege eingeführt, so daß im Herbst der Markt damit überflutet war. Im August wurde die Kontrolle wieder eingeführt, worauf die Preise für Schweine in einem Tage um 3 sh und dann stetig weiter fielen. In der Zeit ohne Kontrolle wurde der Speck durch viele Zwischenhändler mit Nutzen verkauft, der sich bisweilen auf das Zehnfache des kontrollierten Preises bezog. Im Mai wurde die Kontrolle über Kalbfleisch aufgehoben. Der Kleinhandelshöchstpreis wechselte damals zwischen 1/5 und 1/8 und schnellte bei Aufhebung der Kontrolle innerhalb 1—2 Tagen auf 2/— bis 5/— hinauf. Nach 3 Wochen mußte die Kontrolle wieder eingeführt werden, worauf die Preise wieder normal blieben.“

Wenn selbst für England die Zeit des freien Verkehrs mit Lebensmitteln noch nicht gekommen ist, so darf in Deutschland noch viel weniger daran gedacht werden. Unsere Erfahrungen warnen auch vor solchen Experimenten, wie sie sich die Engländer gestatten können.

Lokales.

Geheimrats-Bureaukratie.

Man schreibt uns:

Durch Erlasse der verschiedenen Ministerien und Reichsstellen ist den Reichs- und Staatsarbeitern in allen Betrieben eine Wirtschaftsbeihilfe gewährt worden, die 600 Mark für Verheiratete und für jedes Kind 200 Mark, für Unverheiratete 400 Mark betrug.

Die Gewährung war an die Voraussetzung geknüpft, daß der Betreffende am 3. September 19 in ungekündigter Stellung und mindestens 6 Monate im Reichs- oder Staatsbetrieb tätig war. Auch das Reichswehrministerium hat diese Wirtschaftsbeihilfe den Arbeitern gewährt, mit Ausnahme derjenigen in den ehemals technischen Instituten (Gewehrfabriken, Artillerie-Werkstätten, Bekleidungsämtern).

Liegt hierin schon diesen Arbeitern gegenüber eine unbillige Härte, so wird sie noch verschärft, durch die zu ihrer Begründung gebrachten Umstände, als da sind:

Die Arbeiter in den technischen Instituten hätten einen höheren Lohn gehabt, als die in den übrigen militärischen Instituten, die Arbeiter der Privatindustrie würden es als eine Bevorzugung der Staatsarbeiter ihnen gegenüber betrachten und Gleichstellung verlangen u. a.m. Ja, warum sollten denn die Privatarbeiter gerade nur die Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe an die Arbeiter der technischen Institute als eine Bevorzugung betrachten, nicht aber auch den anderen Reichs- und Staatsarbeitern gegenüber? Dies ist eine Inkonsequenz; man hätte dann die Wirtschaftsbeihilfe überhaupt nicht bewilligen sollen.

Eine weitere Ungerechtigkeit lag darin, daß man nur die Arbeiter bedachte, die vor dem 3. September 19 sechs Monate im Reichs- oder Staatsdienst tätig waren. Um dieses einigermaßen auszugleichen, bewilligte man später an alle diejenigen, die vor dem 3. September 19 drei Monate im Reichs- oder Staatsdienst tätig waren und am 3. Dezember 19 in ungekündigter Stellung waren die Hälfte der obengenannten Sätze. Hierdurch schaffte man aber wieder neue Mißhelligkeiten; denn wenn ein langjähriger Arbeiter durch irgendwelche Umstände, wenn sie auch nicht in seiner Person begründet sind, vor dem 3. September 19 gekündigt worden ist, so erhält er die Wirtschaftsbeihilfe nicht, wogegen ein anderer, der am 3. Juni in Arbeit getreten ist und am 3. Dezember noch arbeitet, doch wenigstens die Hälfte bekommt.

Nun kommt aber noch hinzu, daß die Arbeiter der ehemals technischen Institute vollständig von der Beschaffungsbeihilfe ausgeschlossen sind, weil sie nach Ansicht der maßgebenden Behörden bisher einen höheren Lohn erhalten haben sollen, als die übrigen Staats- usw. -arbeiter.

Zum Ueberfluß war die letzte Verfügung vom 16. Dezember 19 so gehalten, daß ohne weiteres anzunehmen war, auch die Arbeiter der technischen Institute würden wenigstens jetzt die Hälfte der Wirtschaftsbeihilfe erhalten. Bei genauerem Hinsehen ist ja wohl herauszufinden, daß nur die übergangenen Angestellten und Arbeiter derjenigen Heeresbetriebe gemeint sind, für die die vorhergehende Verfügung Geltung hatte.

Wir möchten aber doch denjenigen Stellen, die es angeht, den Rat geben, ihre Verfügungen so zu fassen, daß sie auch ein Mensch mit dem gewöhnlichen Untertanenverstand ohne zu Rateziehung eines Rechtsgelehrten verstehen kann.

Die Schriftgelehrten der hiesigen bürgerlichen Zeitungen, die ja das Entziffern derartiger behördlicher Orakel von jeher gewöhnt sind, möchten wir warnen, durch Abdrucken solcher zweideutiger Erlasse in der Arbeiterschaft Hoffnungen zu erwecken, die sich bei näherem Zusehen als trügerisch erweisen. Die Folgen solchen Tuns, das stark nach Effekthascherei riecht, könnten sich gelegentlich durch einen Massenbesuch in den Redaktionen der betr. Blätter recht unangenehm bemerkbar machen.

Im übrigen ist den Arbeitern zu raten, sich von der Hoffnung auf eine staatliche Unterstützung frei zu machen und ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, indem sie versuchen, durch festes Zusammenhalten das zu erreichen, was jeder Mensch vom Leben zu verlangen berechtigt ist.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 6 | Donnerstag, den 8. Januar 1920 | 11. Jahrgang

Agrarischer Revolutionsschwindel.

Das Organ der Danziger Agrarier, die „Danz. Allg. Ztg.", bringt in ihrer Nr. 3 vom 5. Januar einen Artikel „Errungenschaften der Revolution", in welchem sie eine Gegenüberstellung der Lebensmittel- und Eisenwarenpreise, sowie der Kohlen-Förderung und der Reichsschulden von 1918 und 1919 bringt und dabei der Revolution die Schuld an den heutigen Zuständen zuschiebt.

Solch eine Demagogie ist überhaupt noch nicht zu verzeichnen gewesen. Gerade diejenigen Kreise, die durch ihre Kriegspolitik das Land vollständig ausgesaugt und durch ihre verbrecherische Wirtschaftssabotage ins Verderben gestürzt haben, versuchen nun nach der Methode „Haltet den Dieb", die Schuld auf andere abzuwälzen.

An was liegt es denn, daß die Lebensmittelpreise so furchtbar gestiegen sind? Doch einzig nur an den Agrariern, welche stets mit ihren Erzeugnissen zurückhielten, um höhere Preise zu erpressen. Sie ließen unendliche Mengen Nahrungsmittel erfrieren und verderben, sie schrien nach dem freien Handel, verfütterten Brotgetreide, um auf diese Weise ihren Raubzug auf die Taschen der Konsumenten besser ausführen zu können.

Gerade zur rechten Zeit erscheint ein umfangreiches Zahlenmaterial der Statistischen Abteilung der Reichsgetreidestelle über die Ablieferungsschuldigkeit der Landwirtschaft im Erntejahr 1917/18, aus der unzweifelhaft hervorgeht, wie schon damals während des Krieges, die agrarische Gesellschaft ihre verbrecherische Tätigkeit ausübte.

Die Statistik behandelt das Material in sieben Gruppen: Zu Gruppe I gehören die Verbände mit ganz überwiegendem Kleinbesitz (0—5 Hektar, den Hektar zu vier preuß. Morgen), wo also diese Besitzform 66⅔ Proz. bis 100 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ausmacht; zu Gruppe II die Verbände, wo der Kleinbesitz 50 bis 66⅔ Proz. umfaßt, so daß Gruppe III—VII jene Verbände in sich begreift, wo der Kleinbesitz nur noch mit 2 bis 5 Proz. Anteil auftritt, wo also der Mittel- und vor allem der Großgrundbesitz maßgebend ist.

Naturgemäß wächst mit der Besitzgröße die Ablieferungsschuldigkeit, schon wegen der schwächeren Besiedlungsziffer. Um ein schärferes Bild zu bekommen, wurden die Verbände mit einer Schuld von noch nicht 2000 Doppelzentner ausgemerzt. Da ergibt sich, daß die Gruppen III und IV (Mittelbesitz vorwiegend) in der Ablieferung günstiger dastehen, als V, VI und VII. Es lieferten nämlich über 90 Proz. ihrer Ablieferungsschuld (das wäre fast ideal) ab: von Gruppe IV 29 Prozent sämtlicher Verbände, V = 24 Proz., VI = 15 Proz. und VII gar nur 14 Proz., die Verbände mit größerem Grundbesitz also relativ am wenigsten. Um noch sicherer zu gehen, wurden schließlich alle Verbände ausgeschieden, die überhaupt nicht ablieferten. So verblieben 572 Kommunalverbände. Bei einer wissenschaftlich sehr kritisch durchgeführten (hier aus Raummangel nicht darstellbaren) Umrechnung der Ablieferung von Doppelzentner pro 100 Hektar ergibt sich, daß wieder gerade der übermäßige Grundbesitz (über 200 Doppelzentner pro 100 Hektar) mit 20 Proz. gegen 28 Proz. sämtlicher Verbände weit zurückbleibt.

Wieviel haben die Kommunalverbände nach Abzug für die Selbstversorger, die Versorgungsberechtigten der Verbände und der Zulagemengen, überhaupt „erfaßt"? Auch hier das betrübende Bild, daß es gelang, in die öffentliche Hand über 90 Proz. der Ernte zu bekommen: in Gruppe IV und III bei 57 bis 58 Proz. der Kommunalverbände, bei VII nur 34 und bei VI nur 29 Proz. Auch in dieser Richtung hätten demnach die Verbände mit überwiegend höheren Besitzklassen auffallend versagt.

Bisher war bei der Gruppierung das Merkmal des mehr oder weniger vorherrschenden Kleinbesitzes (bis 5 Hektar) maßgebend. Um etwaigen Einwendungen gegen eine solche Gruppierungsmethode zu begegnen, wurde eine andere Gruppierung vorgenommen. Gruppe A: umfassend die früheren Gruppen I und II also Kleinbesitz im erweiterten Sinne; Gruppe B: umfassend die Gruppen III bis VI, jedoch ohne die Kreise mit ausgesprochenem Großgrundbesitz, also Mittelbesitz im eigentlichen Sinne; Gruppe C: die Verbände aus starkem Großbesitz, d. h. alle Kreise, in denen der Großgrundbesitz (über 100 Hektar) allein mehr als 33⅓ Proz. der Gesamtfläche einnimmt. Hier ergibt sich, daß die Hälfte aller Kreise von A (Kleinbesitz) ihre Ernte mit mehr als 90 Proz. erfaßt hat, in B (Mittelbesitz) noch 47 Proz. aller Kreise, dagegen in C (Großbesitz) noch nicht ein Drittel, nämlich nur 32 Proz. aller Kreise.

Indem sie den Gründen hierfür nachgeht, weist die amtliche Statistik darauf hin, daß, da von einer allgemein „zu hohen Ernteschätzung" keine Rede sein kann, der wahre Grund nur „in der allgemein unwirksamen Kontrolle der Wirtschaftsführung der Großbetriebe gegenüber der schärferen und wirksameren Kontrolle in den Mittel- und Kleinbetrieben" liegt. Der statistische Kritiker kommt dabei auf die jede geordnete Getreidebewirtschaftung zerstörenden Faktoren: Schleichhandel, Grenzschmuggel und übermäßige Verfütterung zu sprechen. Durch eingehende Rückfragen bei den einzelnen Einkaufsstellen der R. G. wurden ausgesprochene „Schleichhandelskreise" festgestellt, und zwar 90 dieser Art, gleich 14 Proz. aller Kreise. Hiervon entfallen 6 auf Kleinbesitzkreise, 44 auf die (zahlreichen) Mittelbesitzkreise und 40 auf die (an Zahl weitaus geringeren) Großbesitzkreise. Beim Kleinbesitz sind 9 Proz. aller zugehörigen Kreise „schlecht" in diesem Sinne, beim Mittelbesitz 11 Proz., beim Großbesitz aber nicht weniger als 24 Proz., also fast ein Viertel! Das ist eine „klare" Feststellung, wie der Statistiker bemerkt.

Hier wird also einwandsfrei nachgewiesen, wo die gemeinen Verbrecher sitzen, die schon im Erntejahre 1917/18, als noch ein großer Teil der männlichen Bevölkerung, die Blüte der Nation, mit den Waffen in der Hand und unter ungeheuren Entbehrungen die Grenzen des Landes verteidigte, die Kinder und alten Leute dem Hungertode überlieferten. Sie, die Großgrundbesitzer in unserem Lande, haben den Krieg verschuldet und damit namenloses Elend über das deutsche Volk gebracht. Sie, die Großgrundbesitzer, sind es auch gewesen, die den Hungernden in Deutschland die notwendigsten Lebensmittel vom Munde weggerissen haben. Und sie, die Großgrundbesitzer, sind es auch heute wieder, die es verschulden, daß es dem deutschen Volke so schlecht ergeht. Sie sorgen dafür, daß nur diejenigen Lebensmittel haben, die die unverschämten Wucherpreise zahlen können, während das Gros der Bevölkerung hungert und darbt und dabei elendig zu Grunde geht. Die elende Gesellschaft der Großgrundbesitzer verdient wirklich, daß sie zu Paaren getrieben wird.

Ebenso verhält es sich mit der Kohlenförderung. Von Regierungsseite ist selbst zugegeben worden, daß teilweise die jetzige Förderung die Friedensförderung überschritten hat. Anderenteils mußten Feierschichten eingelegt werden, da genügend Kohlen auf den Halden lagen, die nicht befördert werden konnten. Dann aber fehlte Werkzeug. Und warum fehlte dieses? Weil alle Rohstoffe der Kriegsführung nutzbar gemacht worden waren und so das Land von allem Rohmaterial entblößt wurde. Aus diesem Grunde erklärt sich auch die ungeheure Steigerung des Eisenwarenpreises, wobei die Kapitalisten es wieder sind, welche die Not des Landes ausnützen. Sollen wir auch noch darauf hinweisen, daß durch den Krieg das rollende Material vernichtet wurde oder abgeliefert werden mußte, sodaß eben die Beförderung der zutage gebrachten Kohlen nicht erfolgen konnte, um die Demagogie der agrarischen Söldlinge ins helle Licht zu rücken?

Die Erhöhung der Eisenbahntarife, wie auch die Erhöhung der Reichsschuldenlast ist ebenfalls eine Folge der Kriegspolitik. Vielleicht wird von den Interessenten der „Allgemeinen" noch die „hohen" Löhne als Ursache all dieser Zustände ins Feld geführt. Nun, wir werden in einigen Tagen an Hand amtlichen Materials darstellen, daß es bei den heutigen Löhnen unmöglich ist, eine Familie zu ernähren.

Um die eigene Schuld zu verdecken, greift man eben zu diesem Schiebertrick und leider gibt es noch genügend Leute, die in voller Gedankenlosigkeit diesen Volksbetrügern nachlaufen. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß im Falle die reaktionären Kreise die Macht wieder einmal erlangen sollten, sie wieder der Knechtschaft, völligen Ausbeutung und dem Elend zurückgeführt würde.

Gegen den Mietwucher.

Die andauernden Mietssteigerungen, die zu einer ausgedehnten Bodenspekulation geführt haben, haben endlich das Volkswohlfahrtsministerium veranlaßt, eine Verordnung zur Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen zu erlassen. Die Verordnung wurde in Nr. 53 des Jahrgangs 1919 der Preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht, datiert vom 9. Dezember 1919 und trat mit dem Tage ihrer Veröffentlichung, dem 17. Dezember 1919, in Kraft. Da sie von höchster Bedeutung für die gesamten Mieter und für das Wohnungswesen überhaupt ist, so wird es notwendig, ihren Inhalt noch einmal in allgemein verständlicher Form zur Darstellung zu bringen, denn letzten Endes liegt die Durchführung dieser Verordnung in den Händen der Mieter selbst und in der Stärke des Willens, den sie zur Durchführung der Verordnung aufbringen werden.

Die Verordnung bestimmt, daß die Gemeindevorstände im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Mietseinigungsämter binnen vier Wochen, also bis zum 17. Januar, eine Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen festsetzen, und zwar nach Anhörung eines von den Stadtverordneten-Versammlungen eingesetzten Ausschusses, der zur Hälfte aus Hausbesitzern und zur Hälfte aus Mietern bestehen und höchstens zehn Personen umfassen darf. Die Höchstgrenze ist die Form eines bestimmten prozentualen Zuschlags zu dem Mietspreis vom 1. Juli 1914, der also als Grundmiete gilt, festzusetzen, und zwar soll dieser Zuschlag im allgemeinen nicht mehr als 15 bis 20 Prozent betragen. Solange bis diese Höchstgrenze festgesetzt ist, also bis zum 17. Januar 1920, bleiben die laufenden Mietverträge in Kraft. Nach dem 17. Januar aber ermäßigen sich alle Mieten, die die festgesetzte Höchstgrenze überschreiten, bis zu dieser Grenze.

Jeder Mieter hat das Recht von dem Hauswirt wahrheitsgemäß Auskunft über den Mietpreis der Wohnung der am 1. Juli 1914 gezahlt wurde, zu verlangen. Der Vermieter muß dem Mieter die Einsicht in Mietsverträge vom Juli 1914 geben, soweit diese vorhanden sind und auf Antrag des Mieters hat das Mietseinigungsamt dem Vermieter zur Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung bezüglich des Mietspreises am 1. Juli 1914 anzuhalten. An Hand dieser Grundmiete und des durch Verordnung festgesetzten prozentualen Zuschlages kann jeder Mieter sich dann die Höhe der für seine Wohnung zulässigen Miete berechnen. Wurde also am 1. Juli 1914 für eine Vierzimmerwohnung eine monatliche Miete von 60 Mark bezahlt und beträgt der als Höchstmiete festgesetzte prozentuale Zuschlag 20 Prozent, so beträgt die monatliche Höchstmiete 90 Mark. Der Hauswirt ist nicht berechtigt, mehr Miete von dem Mieter zu verlangen und dieser kann mit Hilfe des Mietseinigungsamtes die Herabsetzung seiner zu hohen Miete auf diesen Preis durchsetzen. Als besonders begrüßenswert muß der zweite

---

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

5) (Fortsetzung.)

„Danken wegen tue ich es auch nicht, es geschieht wegen Ihm selber, Müller, damit es Ihm nicht auf dem Gewissen bleibe, komme Er mir daher nicht mit Kniffen, den Burschen braucht Er vor mir nicht schlecht zu machen, Er muß es ja am besten wissen, Herlinger, daß ich auch mit räudigen Schafen wohl umzugehen weiß, wenn ich Ihn jetzt verliere und dafür mit dem neuen Müller ein anderes in den Stall kriege, so gleicht sich das nur aus."

„Hihi, dasselbe dürft schon sein."

„Daß ich auf die Art nicht zu kurz komme, möchte ich gerade deinen Vorteil nennen, und so mag Er wohl glauben, Müller, daß ich nach keinem frage. Ich frage auch nicht darnach, wozu Er nach weltlichem Rechte etwa gezwungen oder nicht gezwungen werden könnte, frage nicht, ob es vielleicht, der Leute wegen, besser wäre, das böse Beispiel, das Er einst gegeben, vergessen zu machen und damit aller üblen Nachrede ein Ende zu bereiten. Wozu Ihn die Gerichte bemüssen, die Leute bereden könnten, darnach habe ich nicht zu fragen; aber das habe ich zu fragen, ob Er es auch vor Gott wird verantworten können? Der Bursche ist leichtsinnig, liederlich . . . schlimm genug, aber eben nur ein Grund mehr, sich seiner anzunehmen, ihn nicht ganz sich selbst zu überlassen. Herlinger, Er weiß recht gut, wie einem Kinde ist, das keine Elternliebe genossen hat, Er weiß recht gut, daß des Verwilderns kein Ende ist, wenn man einem ohnehin leichtlebigen Burschen die Dirn, die er einmal für sein Leben gern hätte, zum Hause hinausjagt. — Und davon will Er seinem eignen, leiblichen Kinde nichts ersparen? Auch das soll sich im Leben nie rühren und nie wehren können, und was wird endlich aus ihm werden, da ihm der letzte Anhalt fehlt, den doch Er, Müller, immer gehabt hat, ein Heimwesen? Herlinger, bedenk Er wohl, Er kann seinem Kinde ein Heiland oder ein Verderber werden, Er kann machen, daß es Ihm nachsegnet oder nachflucht, und es ist ganz in Seine Hand gegeben, welches Bewußtsein er mir sich in die Grube nehmen will."

Die mageren Hände über der Bettdecke hatten in rastloser Eile herumgefuhrwerkt, jetzt zerrten sie ein verwaschenes, blaues Sacktuch aus seinem Verstecke hervor und führten es rasch nach dem Gesichte des Kranken, der nun mit außergewöhnlichem Nachdrucke dasselbe in gewohnten Gebrauch nahm, dann knüllte er es zusammen, schob es wieder unter die Polster und sagte trocken: „Nun, so weed ich halt den Sappermenter auf meinen Namen und an die Mühle schreiben lassen. Aber das gilt erst, wenn ich verstorben bin, so lang ich leb, bin ich der Herr, und da darf sich keines wider meinen Willen einmischen."

„Gut, Herlinger, verlieren wir darüber keine Zeit, sondern lasse er uns die Hauptsache erst in Ordnung bringen." — Der Pfarrer öffnete die Türe und rief den Knecht herbei, der ihn gefahren hatte. „Barthel", sagte er zu diesem, „du mußt dann, wenn du mich nach dem Pfarrhof zurückgebracht haben wirst, weiter nach der Kreisstadt fahren, dort den Herrn Notar aufsuchen, und ihn morgen mit dem Frühesten mitbringen." — Er wandte sich an den Kranken. „Was soll er denn dem Doktor Schneller sagen?"

„Der Herr Doktor möcht so gut sein und die Schriften wegen dem Florian wieder hervorsuchen, er wird es schon wissen, im vorigen Herbst war ja schon alles bereit, aber da hat es der Bub durch seine Bockbeinigkeit rückgängig gemacht."

Der Knecht kratzte sich verlegen hinter dem Ohr. Ihn dauerte nur die Mühle, der Florian wird einen raren Dienstherrn abgeben! Vergangenes Jahr noch hat ihn jeder verlumpt den lieben Tag lang herumstromen gesehen, wo soll da der Respekt herkommen? Da kann auch kein ordentliches Gesinde mehr aushalten, kein Weibsbild, das in Ruh verbleiben will, und kein Knecht, der seine Sach besser weiß als der Herr; aber die Mühle kann einer schon bedauern.

Der Pfarrer stellte sich auf die Fußspitzen, um dem langen Burschen auf die Achsel zu klopfen. „Barthel", sagte er zu dem Zusammenschreckenden, „du kannst auch dem Notar sagen, daß er dem Florian nach der Stadt telegraphieren soll, so kann auch der morgen schon da sein."

„Wozu braucht Ihr den Burschen, Hochwürden," fragte heiser der Kranke, „was soll der hier machen?"

„Will Er ihn denn nicht noch einmal sehen, Herlinger? Ich denke, es ist gut, wenn er dabei ist."

„Nun, so mag er dabei sein, aber mit dem Verbleiben hat es noch seine guten Wege, dann soll er nur wieder fort."

„Du weißt nun, Barthel, was du zu tun hast, richte dich auch darnach, und jetzt geh und sag den Leuten, sie sollen sich da vor der Türe versammeln, ich werde sie hereinrufen, wenn ich dem Müller den Leib des Herrn reiche."

Der Knecht entfernte sich.

Jetzt wandte sich der Priester nach dem Kranken und sagte: „Da ich Ihn nun für genügend vorbereitet halte, Müller, so will ich an Ihm die heilige Handlung vornehmen!"

— — — — — — — — —

Die vor der Tür flüsternden und wispelnden wurden bald in die Krankenstube eingelassen, was sie für das Seelenheil ihres Dienstherrn das beste hoffen ließ, denn gar viel Sünden konnte er doch nicht haben, da er in so kurzer Zeit mit dem „Hersagen" fertig war.

Nachdem die Zeremonien mit aller Förmlichkeit und Feierlichkeit zu Ende gebracht waren, sagte der Pfarrer: „Verbleibe Er mir hübsch in christlicher Ergebenheit, Müller, wie Gott es Ihm auferlegt hat, Er kann das jetzt mit Beruhigung abwarten!" — Dann segnete er noch einmal die Anwesenden und schritt, von dem [illegible] zum Hause hinaus nach dem Wagen.

Der hagere Kirchendiener duckte sich zu seinem geistlichen Vorgesetzten hinunter, um ihm bewundernd zuzuflüstern: „Wie Hochwürden mit den Leuten umzuspringen wissen, da hab ich doch immer meine helle Freude daran."

„Weiß er, Wolfbauer," sagte mitleidsam der Pfarrer, „wen ich immer gerne bei so einem Versehgange mit hätte, damit sie diesen Menschenschlag auch kennen lernten? Ein paar Idealisten, die glauben, mit ethischen Mitteln aufkommen zu können, ein paar Träger der Kultur, die aber nebenbei die Kirche fallen lassen wollen; vielleicht gingen ihnen doch darüber die Augen auf, daß unter der Masse nichts verfängt als Einschüchtern und Vertrösten, und wenn wir diese beiden Zügel nicht immer strammer angezogen hielten, schon längst ihre ganze Herrlichkeit zertrampelt und zertreten wäre."

Der lange Meßner nickte ein paarmal mit dem Kopfe, eigentlich aus purer Gefälligkeit, denn verstanden hatte er nichts; nur weil von zwei Zügeln die Rede war, so meinte er, es sei damit auf eine Hartmäuligkeit des Volkes angespielt, um doch zu zeigen, daß dieser versteckte Gedanke nicht an ihm verloren gegangen sei, sagte er, während er mit seiner Laterne in das Rohrgeflecht des Wagens kletterte: „Ja, die sollten es mir einmal versuchen mit dem hartmäuligen Volke!"

(Fortsetzung folgt.)

zwecks des § 8 der Verordnung gelten, nach dem als Mietszins auch jede geldwerte Leistung des Mieters an den Vermieter, insbesondere die Uebernahme derjenigen Reparaturkosten durch den Mieter, die eigentlich der Vermieter zu tragen hat, gilt. Durch diesen Paragraphen wird verhindert, daß der Hauswirt zwar die Höchstmiete anerkennt, aber im Vertrage dem Mieter Leistungen auferlegt, die in den Pflichtenkreis des Hauswirts gehören. Solche Leistungen kann der Mieter vom Mietspreise in Abzug bringen.

Die Verordnung nimmt in weitgehendem Maße auf die Lebensinteressen der Hausbesitzer Rücksicht. So gilt die Verordnung nicht für die Neubauten, die nach dem 1. Januar 1917, also mit stark verteuertem Baumaterial und Gelde erbaut sind. Wenn ferner der Vermieter nachweisen kann, daß am 1. Juli 1914 der Mietspreis der betreffenden Wohnung außergewöhnlich niedrig gewesen ist, so kann als Grundmiete der ortsüblich gewesene Mietszins jener Zeit festgesetzt werden. Weiter kann dem Vermieter auf seinen Antrag für eine bestimmte Zeit ein über die Höchstmiete hinausgehender Zuschlag auf die Höchstmiete zugebilligt werden, wenn er nachweisen kann, daß er ohne solchen Zuschlag bei der Verwaltung des fraglichen Grundstückes unverschuldete Zubußen zu leisten haben würde, oder wenn die erhöhten Kosten der Verwaltung auf bereits ausgeführte oder dringend nötige Ausbesserungsarbeiten zurückzuführen sind.

Diese Bestimmungen beweisen, daß die Verordnung den Lebensinteressen der Hausbesitzer vollauf Rechnung trägt, so daß deren Entrüstungskundgebungen keine Berechtigung haben. Insbesondere die Bestimmung, daß die Verordnung auf die vor dem 2. Juli 1919 abgeschlossenen Mietverträge mit Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, durch die eine Trennung der Heizung oder Warmwasserversorgung von der Miete nicht vorgeschrieben ist, keine Anwendung findet, zeigt das. Sie berücksichtigt die gesteigerten Kosten der Hausbesitzer, wobei die Kontrolle über die Ausgaben für Kohlen usw. einem besonderen Mieterausschuß im Hause anvertraut wird. Die Verordnung verlangt ferner eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mieter wie der Vermieter, die in Form eines Ausgleichs über oder unter der Höchstmiete stattzufinden hat. Treffen bei solchem Ausgleich die Ermäßigungsansprüche des Mieters und die Erhöhungsansprüche des Vermieters, und zwar beide berechtigt aufeinander, so soll ein Vergleich gesucht werden, dessen Kosten unter Umständen leistungsfähigere Mieter des Hauses zu tragen haben. Mit dieser Bestimmung bietet die Verordnung den ausführenden Behörden die Möglichkeit zu weitgehendster sozialer Betätigung und gerechter Verteilung der Lasten. Die möblierten Wohnungen sind durch besondere Paragraphen in die Verordnung einbegriffen.

Die kommunalen Aufsichtsbehörden haben das Recht gegen die Festsetzung der Höchstgrenze Einspruch zu erheben, so daß also eine gewisse Sicherheit dafür gegeben ist, daß nicht etwa einseitig zusammengesetzte Gemeindebehörden unberechtigt hohe Grenzen für die Höchstmieten festsetzen.

Diese Verordnung entspricht keineswegs allen sozialen Anforderungen, die man von einer Regelung der Mietsfragen und der Wohnungsfrage überhaupt erwarten darf. Die Mietervereinigungen, die bisher zu der Verordnung Stellung genommen haben, haben sich auch zumeist äußerst kritisch über die Verordnung geäußert.

Da auf die Festsetzung der Höchstmieten die Gemeindebehörden einen äußerst weitgehenden Einfluß haben, so hängt sie zum erheblichen Teil davon ab, daß die Mieter sich rühren. Nur durch ihren engsten Zusammenschluß wird ihr Einfluß auf die Gemeindebehörden stark genug sein, um die Versuche der Hausbesitzer zu vereiteln, die sich selbstverständlich bemühen werden, die Höchstgrenze für Mietssteigerungen, also den prozentualen Zuschlag zur Grundmiete so groß wie möglich zu gestalten.

Auch die Frage der Innehaltung der Höchstmietspreise wird letzten Endes in ihrer Durchführung von dem Mieter selbst abhängen. Nur wenn diese sich entschließen, nicht nur jede Ueberschreitung der Mietshöchstpreise zu verweigern, sondern auch alle ihnen bekanntwerdenden Mietsüberschreitungen den betreffenden Mietervereinigungen und Behörden zur Kenntnis zu bringen, wird diese Verordnung von bedeutendem Nutzen sein. Alles liegt an der Energie, die die Mieter aufzubringen vermögen. Man mag das tadeln, aber die bisherigen Erfahrungen mit den Höchstpreisen haben gezeigt, daß auf örtliche Kontrolle in diesen Fragen verzichtet werden kann, wenn die Betroffenen nicht selbst für die Durchführung dieser Bestimmungen Sorge tragen.

Die Verordnung ist nicht etwa übereilt oder leichtfertig erlassen worden, sie kommt im Gegenteil reichlich spät und nach allzu langer Ueberlegung. Das Wohlfahrtsministerium hat sich erst dann zur Veröffentlichung der Verordnung entschlossen, als feststand, daß die enormen Mietspreissteigerungen nicht etwa dazu dienten, den erhöhten Ansprüchen bezüglich der Verzinsung des Kapitals zu tragen, sondern zur Bodenspekulation benutzt wurden. Auf die Häuser, die höhere Mieten abwarfen, wurden nämlich sofort entsprechend höhere Hypotheken aufgenommen und durch Verkäufe Spekulationsgewinne erzielt, aber der Tatsache, daß die völlig unproduktive Bodenrente, die der Grundbesitzer vom Grund und Boden bezieht, sich erhöht und von neuem die Volkswirtschaft belastet, daß vor allem aber der Grundbesitz nur immer tiefer in seine finanzielle Katastrophe hineinsteuert.

Bei der gründlichen Zerrüttung unserer Grund- und Bodenwirtschaft ist es ja leider unvermeidlich, daß jede Mietspreiserhöhung unerbittlich bleibt, d. h. daß der Boden die neu aufgewendeten Gelder verschlingt, während eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse durch noch so hohe Mietssteigerungen nicht erreicht wird. Das liegt daran, daß unsere ganze Bodenwirtschaft auf der Spekulation aufgebaut ist, daß der Grund und Boden in seinem Werte ständig steigt, daß deshalb Abschreibungen, die der Entwertung der Häuser durch den jährlichen Verfall Rechnung tragen, nicht vorgenommen werden. Die in der Spekulation behinderten Hausbesitzer erheben selbstverständlich ein Riesengeschrei gegen die Verordnung und drohen mit Streik, indem sie erklären, daß sie die Zahlung der öffentlichen Abgaben und der Hypothekenzinsen verweigern werden. Diese Streikdrohung ist mehr als lächerlich, denn die Hausbesitzer vergessen dabei, daß sie ja nichts anderes als Kassenboten sind, die die Zahlungen der Mieter teilweise den Hypothekenschuldnern, teilweise den Steuerämtern auszahlen und sich dabei einen Teil der Summe in ihre Tasche stecken. Es ist selbstverständlich ein Leichtes, die Mieten auch durch andere Kassenboten, also etwa durch Vertrauensmänner der Mieter in den einzelnen Häusern oder durch die Steuerorganisation der Behörden an die vorgeschriebenen Stellen abzuführen. Dieser Streik könnte den Mietern nur äußerst willkommen sein, da er eine bedeutsame Einschränkung der Bodenrente bedeuten würde und der Anfang zur Ueberführung des Grundbesitzes in Staats- oder Gemeindeeigentum wäre. Diese Drohung braucht also die Mieter keineswegs zu schrecken, sie laufen nicht die geringste Gefahr dabei, wenn sie auf das energischste die Durchführung der Verordnung des Wohlfahrtsministeriums unterstützen. Allerdings darf niemand dabei vergessen, daß das ganze Problem letzten Endes eben nur durch die Sozialisierung des städtischen Grund und Bodens gelöst wird und daß kaum ein Gebiet unserer Wirtschaft reifer für die Sozialisierung ist, als die durch den Unverstand der Grundbesitzer zum Bankerott verurteilte städtische Bodenwirtschaft.

Parteinachrichten.

25 Jahre „Wiener Arbeiterzeitung".

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung" erscheint in diesen Tagen ein Vierteljahrhundert als Tageblatt. Mit Recht gilt sie von jeher als die beste Zeitung nicht nur in der Sozialdemokratie deutscher Zunge. Schon in einer Zeit, als im Parlament zu Wien Sozialdemokraten noch nicht saßen und die Partei an Mitgliedern schwach war, übte sie weitreichenden Einfluß aus, soviel sie auch prozessiert und konfisziert wurde.

In parteipolitischer Beziehung hat unser Bruderblatt stets auf dem linken Flügel gestanden. Scharf aber hat sie stets kommunistische Gewaltpolitik bekämpft. Ihr Berliner Mitarbeiter ist Heinrich Ströbel.

Das Jubiläum fällt in eine furchtbare Zeit. Wir wissen der „Arbeiter-Zeitung" keinen besseren Wunsch, als daß sich ihrem Wien bald eine bessere Zukunft eröffnen möge.

In den Werkstätten, Kontoren, Fabriken

muß jeder Genosse, jede Genossin neue Leser für die

„Danziger Volksstimme"

werben.

Die bereits erschienenen Nummern werden nachgeliefert.

Gewerkschaftliches.

Unterstützung für die russischen Gewerkschaften.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat an die russische Regierung in Moskau folgendes Schreiben gerichtet:

Werte Genossen! Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, hat der internationale Gewerkschaftskongreß, der vom 28. Juli bis 4. August in Amsterdam stattfand, sich in sehr energischer Weise gegen die Blockade Rußlands durch die Regierungen der sogenannten alliierten Länder ausgesprochen; außerdem hat er den Vorstand der neuen gewerkschaftlichen Internationale beauftragt, sich so schnell wie möglich in Verbindung zu setzen mit den Genossen derjenigen Länder, die früher Teile des alten russischen Kaiserreichs gewesen sind, um möglichst genaue Auskunft über die Lage und Tätigkeit der russischen Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, damit er auf Grund dieser Auskunft über die Mittel beschließen kann, die durch uns anzuwenden sind, um die russische Gewerkschaftsbewegung so energisch wie möglich zu unterstützen.

In Uebereinstimmung mit diesem Auftrage, der uns erteilt wurde, habe ich die Ehre, mich an Sie zu wenden, um Sie zu bitten, in möglichst kurzer Zeit alle geeigneten Mitteilungen über den Aufbau, die Entwickelung und die Kämpfe der russischen Gewerkschaften, eventuell über die durch die Kämpfe erzielten Erfolge an unser Bureau einzusenden. Ich habe das Vertrauen, daß Sie meinem Ersuchen entsprechen werden und daß auf diese Weise der erste Schritt zu einem internationalen Zusammenarbeiten der russischen Arbeiter mit ihren Genossen der anderen Länder geschieht.

Unsererseits verspreche ich im Namen der 18 Millionen Arbeiter, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, die wirksame moralische und materielle Hilfe, falls sie nötig ist, und wenn die Umstände uns erlauben, sie zu leisten.

Freundliche Grüße

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
C. Jimmen, Sekretär.

Die Gewerkschaften in Rußland.

Vor einiger Zeit berichtete der Pariser „Populaire" über eine in dem offiziellen Organ des obersten Wirtschaftsrates der russischen Sowjetrepublik nach langer Unterbrechung wieder zum ersten Male veröffentlichte Statistik über die russischen Gewerkschaftsorganisationen. Nach dieser Statistik haben die einzelnen russischen Gewerkschaften folgende Mitgliederzahlen:

Textilindustrie	714 000	Mitglieder
Eisenbahnen	450 000	„
Metallarbeiter	400 000	„
Leder und Häute	225 000	„
Wassertransportarbeiter	200 000	„
Bekleidungsindustrie	150 000	„
Nahrungsmittelindustrie	140 000	„
Bauindustrie	120 000	„
Post- und Telegraphie	100 000	„
Kommunalische Angestellte	200 000	„

Neben diesen großen Organisationen mit wenigstens 100 000 Mitgliedern bestehen noch zahlreiche kleinere Gewerkschaften. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaftler beträgt 3 Millionen 442 600. Die Bedeutung dieser Zahlen kann man erst dann richtig würdigen, wenn man bedenkt, daß sie zu einer Zeit festgestellt wurden, da große Teile des russischen Reiches von fremden Truppen oder von Truppen der russischen Reaktion besetzt waren, und daher jene Zahlen nur die Gebiete umfassen, die im Machtbereich der russischen Sowjetregierung sich befanden.

Volkswirtschaftliches.

Heidelberg, 6. Jan. Die Deutsche Rädinger-Hütte der Dillinger Hüttenwerke wurde zum Preis von 1 400 000 Mark an eine französische Gesellschaft verkauft.

Folgen des Valutastandes. Das Valutaelend bewirkt nicht nur eine gesteigerte Warenausfuhr, sondern im Grenzgebiet auch eine Abwanderung der Arbeitskraft nach Holland. Während früher Tag für Tag etwa 700 holländische Spinner und Weber nach Nordhorn kamen und dort in Fabriken Beschäftigung suchten, hat jetzt eine umgekehrte Bewegung eingesetzt. Deutsche Arbeiter gehen mehr und mehr nach Holland und betätigen sich u. a. beim Kultivieren von Oedland. Der Tagesverdienst beträgt reichlich 3 Gulden, in deutschem Gelde 60 bis 70 Mark. Dieselbe Erscheinung findet sich auch im Saargebiet, wo sich sehr viel Deutsche schon Arbeit auf den lothringischen Gruben suchen, weil sie dort in Franken bezahlt werden, was für sie in Mark fast den dreifachen Wert ausmacht.

Der Erfolg der Aufhebung des Brotkartensystems in Frankreich. Eine höchst beachtenswerte Mitteilung über den Erfolg der Aufhebung der Brotkarten in Frankreich bringt der „Matin". Nach dieser wurden im Departement Nancy während der Zeit der Rationierung im November 1918 33 773 Zentner Mehl, im gleichen Monat 1919, nach Aufhebung der Rationierung, 57 855 Zentner verbraucht. Es ergab sich also ein Mehrverbrauch von 24 082 Zentnern. Seit dem Verschwinden der Brotkarten ist das gewöhnliche Haushaltungsbrot völlig in Verruf geraten und es wird nur noch reines Weißgebäck gekauft. Diese Erscheinungen sind in ganz Frankreich zu beobachten. Der Verbrauch des Mehles ist daher beständig im Wachsen und im Einklang damit steigen die Preise ohne Pause. Teilweise wurde beobachtet, daß auch der Bauer sein Brot nicht mehr selbst bäckt, sondern beim Bäcker kauft und sogar sein Vieh damit füttert. Das Departement der unteren Seine hat im Jahre 1919 abzüglich des Saatgetreides 1 100 000 Zentner verbraucht. Jetzt hat es bereits 600 000 Zentner, also beinahe die Hälfte der Ernte, in der Zeit von nur 4 Monaten ausgeben müssen.

Die künftige Marmeladenversorgung Deutschlands.

Amtlich wird gemeldet: „Mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Ernährungswirtschaft ließ sich auch für das neue Wirtschaftsjahr auf die öffentliche Bewirtschaftung und Rationierung der Marmelade nicht verzichten; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß in Anbetracht der bestehenden Fettnot die Nachfrage nach zuckerhaltigen Brotaufstrichsmitteln auch weiterhin eine sehr große sein wird. Auf Veranlassung der zuständigen Regierungsstellen wird die Marmelade daher auch im neuen Wirtschaftsjahr unter der Kontrolle der Reichsstelle für Gemüse und Obst und der Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen hergestellt und durch Vermittelung der zuständigen Verteilungszentralen und Kommunalverbände an die Verbraucher verteilt. Das Reichswirtschaftsministerium ist sich über die Marmeladenbewirtschaftung nunmehr dahin schlüssig geworden, daß bei der Herstellung der Marmelade Streckungsmittel nicht mehr Verwendung finden. Die Marmelade wird vielmehr nur aus Zucker und Obst bestehen und zwar aus 50 Prozent Zucker und 50 Prozent Obst.

Durch Ausschaltung der Streckungsmittel und durch Verwendung des reinen Obstes stellt sich naturgemäß der neue Marmeladepreis höher als bisher, wo die billigeren Streckungsmittel Verwendung fanden. Die Preise für die neue ungestreckte Marmelade mußten daher bedauerlicherweise gegenüber den vorjährigen Preisen wesentlich erhöht werden. Die Ursache liegt ferner auch darin, daß infolge der Zuckernot der für die Marmeladenherstellung benötigte Zucker zum beträchtlichen Teile aus dem Auslande eingeführt werden muß, wofür unter Berücksichtigung der ungünstigen Valuta außerordentlich hohe Preise zu bezahlen sind. Da ein Teil des Zuckers auch aus dem Inland geliefert werden kann, so werden von vornherein die Preise für Auslands- und Inlandszucker ineinander verrechnet und in den Marmeladenpreis einkalkuliert. Nur dadurch ist es erreicht worden, den Preis für Inlandsmarmelade auch wesentlich billiger zu gestalten als die Preise für Auslandsmarmelade, die zurzeit ungefähr das Doppelte des Preises der neuen Inlandsmarmelade betragen. Der Preis für das Pfund ungestreckte Marmelade stellt sich auf 3,24 Mark, doch ist nicht ausgeschlossen, daß der Preis noch eine geringe Steigerung erfährt. Mit der ersten Marmeladeverteilung dürfte Ende Januar begonnen werden."

Jetzt scheint demnach schon Marmelade zum Luxusartikel zu werden.

Die Kaufkraft der österreichischen Krone.

An der Wiener Börse wurden am 3. Januar 1920 bezahlt für

100 deutsche Mark	379	Kronen statt	118 Kr.
100 holländische Gulden (Devise)	6875	„ „	200 „
100 schweizer Franken	3175	„ „	94 „
100 dänische Kronen	3500	„ „	132 „
100 norwegische Kronen	3700	„ „	132 „
100 schwedische Kronen	3850	„ „	132 „

(Devisen sind Auslandswechsel.)

Man beachte den Unterschied zwischen den Preisen für skandinavische Wechsel (Dänemark, Norwegen, Schweden), die die gleiche Kronenwährung haben. Dänische Devisen waren leichter zu haben als die anderen; deshalb konnten sie billiger gekauft werden.

Genossenschaftliches.

Die Konsumvereine im neuen Jahre.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat im letzten Jahre manche bittere und gefährliche Stunde durchlebt; nicht selten schien es, als wenn auch sie ratlos dem blinden Schicksal überantwortet werden solle, das unser Land zu verderben droht. Aber die zähe, zielbewußte und die Kunst des Möglichen übende Arbeit ihrer Anhänger hat ihr bisher glücklich über alle Schwierigkeiten hinweggeholfen; im allgemeinen Niedergange zeigt sie eine fortschreitende Entwickelung, die wir auf unser gesamtes Wirtschaftsleben übertragen sehen möchten. Das war nur möglich, weil jeder, der an verantwortlichem Posten stand, im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit sein Bestes hergab, sich keine Mühe verdrießen ließ und arbeitete mit Lust zur Arbeit und in der Erkenntnis des Zukunftswertes seiner Arbeit. Diese Genossenschaftsarbeit im begrenzten Raum ist Arbeit für die große Genossenschaft des Volksganzen. Je weitere Kreise sich an ihr freudig beteiligen, desto größer der Segen für die Allgemeinheit. Wir glauben, die Entscheidung, vor der Deutschland im neuen Jahre steht, nicht wirkungsvoller günstig beeinflussen zu können, indem wir alle Freunde bitten, mit verdoppeltem Eifer und Nachdruck für die Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens einzutreten. Er ist das wertvollste Erbstück der deutschen Volksfamilie, dessen rechte Würdigung und Wertung den künftigen Geschlechtern wieder ein wohnliches Heim schaffen wird. Wir meinen, daß diese Aussicht uns den Aufenthalt im weniger wohnlichen merklich erträglicher gestalten könnte.

Lokales.

Kommunale Mutterheime.

Zwei Faktoren sind es, die zu einer Neugründung auf dem Gebiete des Wohnungswesens weisen. Einmal zwingt die große Wohnungsnot zum Vorgehen und zur Abhilfe. Es muß etwas geschehen und weil etwas geschehen muß, darum liegt kein Grund vor, die Entwickelung des Wohnungswesens, soweit möglich, nicht auch neuen Wegen zuzuführen. Sodann ist es die wirtschaftliche Not der durch den Krieg so unendlich vergrößerten Zahl der mit ihren Kindern alleinstehenden Mütter, die zu einer Wohnungsfürsorge in ihrem Interesse zwingt. Die meisten Kriegerwitwen sind auf ihrer Hände Arbeit angewiesen — jämmerlich ist es, wenn man ihnen beim Fleiß der Arbeit die Unterstützung nimmt —; da ist es eine große Not daheim, wenn die Frau das Haus verlassen muß. Wer beaufsichtigt die Kinder? Wer sorgt für das nötige Mittagsmahl? Wer hält die Wohnung in Ordnung? Wer erledigt die Wäsche und was es sonst nicht alles gibt? Wie oft sind die Kinder sich selber überlassen, wie mancher Mittag vergeht ohne ein warmes Mahl, wie manche Nacht muß gearbeitet werden, um nach der Berufsarbeit daheim noch zu schaffen, was zu schaffen ist!

Es ist Pflicht der Gemeinde, in dieser Beziehung für die des Ernährers beraubten Familien zu sorgen. Man spricht von Ledigenheimen für Frauen und Männer. Ihr Wert ist nicht zu verkennen; sozial wertvoller aber sind Heime für vaterlose Familien.

Es bietet sich, wenn man darauf achtet, auch einmal Gelegenheit ein großes Haus zu erwerben, das sich für solche Zwecke eignet. Der Gedanke muß so sehr Wurzel fassen in den Sinnen und den Herzen der zuständigen Behörden, daß die Gelegenheit, wenn sie sich einmal bietet, wenigstens dann ausgenutzt wird und daß wenn gebaut wird, auch die Durchführung dieser Fürsorge nicht vergessen wird.

Natürlich müssen die Familien in ihren Räumen ihre Möbel unterbringen. Das Heim soll ihnen ja nicht genommen werden. Im Gegenteil, es soll ihnen ein Heim werden im schönsten Sinne und darum soll es ein regelmäßiges Mittagessen bieten aus einer gemeinsamen Küche, ebenso wie die Wohnung und die Wäsche usw. gemeinsam besorgt werden.

Die Durchführung des Gedankens hat man in zwei Arten geplant. Entweder soll eine Frau das Hauswesen aller anderen, die draußen arbeiten, leiten, die jene Hausfrau in ihren freien Stunden unterstützen, oder die Frauen tragen alle Wirtschaftskosten gemeinsam und lassen in der Beaufsichtigung der Kinder, in der Hausarbeit usw. eine Arbeitsteilung eintreten. Es wäre erfreulich, wenn wenigstens insoweit schon aus der Idee Wirklichkeit würde, wenn solche Regelung auch noch keine Vollendung darstellt. Das Ziel muß sein das kommunale Mutterheim, eins oder eins in jedem Viertel je nach Größe und Bedarf der Stadt. Die Kommune hat diesen Heimen von einer gemeinsamen Küche aus das Essen zu liefern. Sie hat die Pflegerinnen zu bestellen für die Kinder, für die ein Raum, ein Garten usw. da ist, sie hat die Wäsche zu besorgen und was es sonst noch gibt.

Die Durchführung dieses Gedankens macht wahrhaftig keine großen Schwierigkeiten. Wir sind der Ansicht, daß die Kommunen schon vor größeren Problemen gestanden haben. Und doch welch unendlicher sozialer Wert steckt in solcher Entwickelung!

„Das Jahr fängt ja gut an!"

Diesen Ausruf werden manche Leser unseres Blattes getan haben, als sie die Mitteilung erhielten, daß sich der Abonnementspreis unseres Blattes von 2 Mark auf 2,60 Mark erhöht hat.

Um die Erschrockenen zu beruhigen, mögen sie sich heute bei ruhigem Nachdenken folgendes zu Gemüte führen:

In Reval erscheint als einzige große deutsch-baltische Zeitung in den Grenzen der estnischen Republik „Der Revaler Bote". Sein Abonnementspreis beträgt monatlich in Reval ohne Zustellung 22 Mark, mit Zustellung 25 Mark. Dazu wird bemerkt, daß eine Erhöhung der Preise auch innerhalb des laufenden Monats vorbehalten ist. Das in bezug auf den Abonnementspreis.

Daß aber auch die Leser der „Volksstimme" im Gegensatz beispielsweise der Wiener Zeitungsleser manche Bequemlichkeit haben, zeigt die Meldung, daß in Wien ab 1. Januar 1920 die Zustellung der Zeitungen ins Haus aufgehoben wird. Trotz alledem werden die Zeitungen zu erheblichen Preiserhöhungen gezwungen. Die „Neue Freie Presse" und das „Neue Wiener Tageblatt" müssen ihren Abonnementspreis um 5,50 Kronen auf 15 Kronen erhöhen.

Wir sehen also, daß die „Volksstimme" immer noch verhältnismäßig billig ist. In Anbetracht dessen, daß sie ihre Abonnenten nur mit auserlesenem Material bedient, mögen sich unsere Leser mit der unumgänglichen Notwendigkeit der Abonnementspreiserhöhung abfinden. Dieser Umstand, so hoffen wir, wird unsere treue Leserschar nicht in ihrem Vertrauen zur „Volksstimme" erschüttern. Eifrigste Propaganda für sie und die Werbung neuer Abonnenten wird nicht nur den Einfluß unseres Blattes stärken, sondern auch die schwere wirtschaftliche Lage, in der es sich befindet, zu bessern imstande sein.

Also nicht gemurrt, sondern: Frisch auf, ans Werk!

Kapitalistische Politik unter falscher Flagge.

Wie wir in der Notiz eines bürgerlichen Blattes lesen, will die „Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen" den Sport möglichst volkstümlich machen. Die Massen sollen Interesse für Sportübungen gewinnen.

Was ist denn eigentlich die Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen? Sie ist eine Gemeinschaft der bürgerlichen Sportvereine. Das Programm dieser Vereine war die Unterstützung der militärischen Gewaltherrschaft und mit der Befolgung der militärischen Jugenderziehung haben sie sich selbst zu ewigen Feinden der klassenbewußten Arbeiterschaft gemacht. Auch jetzt noch bei den Stadtverordnetenwahlen haben wir es gesehen, mit wem wir es zu tun hatten. Ganz offen hat die Arbeitsgemeinschaft für Leibesübungen für die Liste der „Freien Wirtschaftlichen Vereinigung" Wahlpropaganda gemacht. Turnen und Sport ist dieser Gesellschaft eben nur ein Mittel, um den Kapitalismus zu stärken. Immer und immer wieder schreien gerade diese Kreise, daß bei ihnen keine Politik getrieben wird. Durch Veranstaltung von Sportfesten versuchen sie die Arbeiterschaft in ihre Kreise zu ziehen.

Arbeiter-Parteigenossen reagiert nicht auf dieses Zuckerbrot! Die klassenbewußte Arbeiterschaft trennt vom kapitalistischen Bürgertum eine unüberwindliche Kluft; uns trennen zwei unvereinbare Weltanschauungen, die nur durch unablässigen, zielbewußten Kampf und völligen Sieg der einen über die andere entschieden werden können.

Darum schließt Euch nur den Arbeitersportverbänden an! Ihr Programm liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft; mit ihr stehen und fallen sie.

Das Ideal der Danziger Behörden.

Bekanntlich geht man in Danzig mit dem Gedanken herum, eine Einwohnerwehr zu gründen, an der die „Technische Nothilfe" eingegliedert werden soll. Heute wollen wir an einem Beispiel zeigen, was für Elemente in dieser „Technischen Nothilfe" vorhanden sind. Die Thorner mehrheitssozialistische „Volksstimme" hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem sie gegen die Streikbrecher von der „T. N." Stellung nahm. Daraufhin sind der Schriftleitung genannten Blattes folgende Neujahrsgrüße, anscheinend alle von Mitgliedern der „Technischen Nothilfe" zugegangen:

Nr. 1. An die Schriftleitung der „Volksstimme". Eurer Artikel „Streikbrecher" wird euch noch manche Nachtruhe kosten. „Das walte Gott!" Im neuen Jahre unterlaßt Hetzartikel; sonst zählt eure Knochen. Die Notstandsarbeiter.

Die verstellte Handschrift dieses Notstandsarbeiters läßt auf den ersten Blick erkennen, daß seine Hände noch keine Picke oder Spaten geführt haben.

Nr. 2. Thorn, den 31. Dezember 1919. An die Schriftleitung der „Volksstimme". Für den Artikel „Streikbrecher" haben wir euch Rache geschworen. Gerade heute in der Silvesternacht kann es schon möglich sein, daß wir euren Laden einschlagen. Also hütet euch vor solchen Artikeln wie „Streikbrecher" und euren Laden. „Rache ist süß".

Mehrere Kameraden der Technischen Nothilfe.

Nr. 3. Eine Postkarte mit dem Bild eines verloffenen Kerls (anscheinend ein Mitglied der „Technischen Nothilfe" in Zivil darstellend). Unterschrift: Die Technische Nothilfe von Thorn. „Gieb acht auf deinen Laden". „Es lebe die Freiheit." Zu einer Namensunterschrift fehlte diesem „Helden" der Mut.

So sehen die Herren von der „T. N." aus, die von Herrn Oberbürgermeister Sahm und anderen Personen so sehnsüchtig gewünscht werden.

Wir aber glauben, daß jeder Danziger Bürger auf solche Elemente gern Verzicht leisten wird. Man würde sonst den Bock zum Gärtner machen.

Mehr Ernst und Gewissen für die Volksernährung.

In der Londoner Hungerkonferenz am 5. November erklärte der englische Professor Starling, der die Verhältnisse in Deutschland studiert hat: Deutschland stehe am Rande des Verhungerns; Millionen würden dort diesen Winter sterben.

Wenn man dieses Urteil auch nicht gerade wörtlich nehmen braucht, so trifft es doch das Richtige, als wir vor einer Ernährungsnot stehen, der gegenüber das Verhalten der Regierung, der Behörden und eines großen Teiles der Bevölkerung unverständlich ist.

Es ist in Danzig nicht besser als im Reiche. Gewiß, man kann überall nachweisen, daß man dies und jenes getan hat; aber das genügt nicht, und wir können und müssen erheblich mehr verlangen. Die denkbar höchste Anspannung ist erforderlich.

Man hat es zunächst unterlassen, nutzbringende Arbeit zu schaffen, obwohl in Danzig hierzu die Möglichkeit vorhanden war. Die maßgebenden Stellen aber versagten. 8000 Arbeitslose rufen nach Arbeit und man enthält sie ihnen vor. Sie wohnen in Höhlen, aber man gibt ihnen keine Bauarbeit, damit sie sich ordentliche Wohnungen errichten können. Im Bekleidungshandel herrscht ein Wucher der zum Himmel schreit, aber die Behörden greifen nicht ein, auch die Preisprüfungsstelle nicht, obwohl sie dazu angeregt wurde. Aehnlich ist der Wucher bei allen anderen Waren. Es werden ganz launenhaft willkürliche Preise genommen, aber die Behörden rühren sich nicht. Das Gesetz, betreffend die übermäßige Preissteigerung und den Kettenhandel, böte Handhaben. In den Gastwirtschaften wird ein ungeheuerlicher Wucher getrieben, aber die Behörden erfahren davon nichts. Der Fischwucher macht es den meisten Familien unmöglich, auch nur die billigsten Massenfische zu kaufen. Nur die Wohlhabenden können sich die Fische kaufen. Die Fischwucherer bringen schon gar nicht ausreichend Fische auf den Danziger Fischmarkt, sondern führen ihre Waren an die Wohlhabenden direkt ab, die jeden Preis bezahlen.

Das sind alles Dinge, die der gesunde Menschenverstand voraussah und voraussagte. Die Westpreußische Fischhandelsgesellschaft hat Fehler gemacht, aber von eigentlichem Fischwucher konnte man bei ihr nicht reden. Die Fischwucherer verlangten die Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung der Fische und mit größter Eilfertigkeit griff die Behörde zu und gab den Fischhandel frei. Der Kartoffelpreis wird immer weiter herauf gesetzt.

In der Fleischversorgung gar verbündet sich der Magistrat mit den Gegner der öffentlichen Bewirtschaftung, um diese zu Fall zu bringen und die Preise künstlich in die Höhe zu treiben. Der Magistrat will nicht sehen, was alle Welt weiß, daß der freie Handel die Preise hinaufschraubt, ohne auch nur ein Pfund mehr Ware zu liefern. Aber die Unmoral führt die kapitalistische Wirtschaftsweise. Hafer, Gerste, Tierhäute, Eier sind dem Wucher preisgegeben. Auch die Papierpreise werden immer mehr hinauf getrieben. Das Brennmaterial wird unerschwinglich teuer. Es wird unterlassen, für eine Vermehrung der Zahl der Bergleute zu sorgen und ihre berechtigten Wünsche zu erfüllen. Die Beseitigung der Kohlennot ist erreichbar; da gilt nicht die Ausrede von dem Mangel an Rohstoffen. Auch für Lokomotiven und Güterwagen könnte ausreichend gesorgt werden. In Danzig hungern die Reichswerft und die Gewehrfabrik geradezu nach dieser Arbeit, die ihnen aber nicht genügend in Auftrag gegeben wird. Man bezahlt die Arbeiter lieber ohne Beschäftigung, „pensioniert" sie oder zahlt ihnen Arbeitslosenunterstützung. Nutzbringende Arbeit weist man ihnen nicht zu. Man fürchtet anscheinend, den Beweis zu liefern, daß sehr wohl ein wirtschaftlicher Aufbau möglich ist. Man will anscheinend doch „beweisen", daß es mit der neuen Regierung und der Mitarbeit der Arbeiter nicht geht. Man richtet lieber das ganze Gemeinwesen zu Grunde, ehe man die richtigen Wege einschlägt.

Die Währung ist fast zu Grunde gerichtet, aber sinnlos werden weiter Banknoten gedruckt, und die Einfuhr unnötiger Luxus- und Genußmittel wird nicht verhindert. Es fehlt an Gerstengrütze, aber die Kneipen werden hitzig beliefert; es fehlt an Leuchtmaterial, aber der freie Handel bringt Schnaps, und zwar zu schwindelhafte Preise. Es fehlt an Kartoffeln, aber sie werden zu Spiritus verbrannt. Wenn die Behörden nichts weiter verstehen oder tun wollen, als volle Wucherfreiheit einführen, dann brauchen wir sie nicht. Dann mögen sie doch abdanken und die Geschäfte den Verbrauchern übergeben, die jedenfalls mehr Eifer und Geschick entfalten würden.

J. B.

Reichstarifvertrag für die Angestellten der Behörden des Reiches und der Länder.

Am 14. April 1919 war durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin der Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt worden, mit dem freigen Deutschen Techniker-Verbande in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Schon damals wurde in Aussicht genommen, die Dienstverhältnisse der bei den Behörden des Reiches und der Länder beschäftigten Techniker durch einen Tarifvertrag zu regeln. Die Ministerien gaben dementsprechend auch Erlasse heraus, die alle Gehaltsregelungen bis zum Abschluß des Tarifvertrages unterlagen. Der Abschluß des Tarifvertrages erlitt dadurch eine Verzögerung, daß das Reichsministerium des Innern, das bereits im Mai die nötigen Vorarbeiten übernommen hatte, die weitere Bearbeitung dem Reichsarbeitsministerium übergab. Im September hatten sich die Vertreter der Ministerien mit den in Frage kommenden Organisationen, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschen Werkmeister-Verband, grundsätzlich darüber verständigt, daß der Reichsvertrag auf alle Angestellten ausgedehnt werden solle. Diese Verständigung entsprach auch einem im Mai gefaßten Beschlusse des Kabinetts, demzufolge auch Reichs- und Staatsbehörden Tarifverträge abschließen sollten. Die Lage hat sich jetzt wieder zugespitzt, da am 22. November in einer Sitzung im Reichsarbeitsministerium von verschiedenen Regierungsvertretern die Forderung erhoben wurde, den Abschluß des Tarifvertrages bis zur Regelung der Beamtenbesoldungsreform zurückzustellen. Die Angestellten lehnen die Verquickung mit der Beamtenbesoldungsreform ab und weisen mit Recht darauf hin, daß erst kürzlich der Tarifvertrag mit den Staatsarbeitern zustande gekommen ist, bei dem auf die Beamtenbesoldungsreform keinerlei Rücksicht genommen worden ist. Um einen offenen Konflikt zu vermeiden, liegt es zweifellos im öffentlichen Interesse, wenn die Regierungsvertreter nicht weiter auf ihrem Standpunkte verharren.

Zur Einrichtung eines Platzes für Volksbelustigungen beantragt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bereitstellung von 10 000 Mark aus dem Erneuerungsbestande der Marktverwaltung. Vor dem Kriege diente vor dem Oliwaer Tor eine größere Fläche zur Aufstellung von Schaubuden, Volksbelustigungen usw. Im Interesse der Volksernährung wurde der Platz während des Krieges als Gartenland in kleinen Teilstücken verpachtet. Den Schaubuden, Karussells usw. wurde der Heumarkt angewiesen. Das führte zu vielen Beschwerden der Anwohner. Der Magistrat war deshalb gezwungen, die vielen Anträge von Schaubudenbesitzern um Hergabe von geeigneten Plätzen abschlägig zu bescheiden. Darauf haben sich auf privatem Gelände, so namentlich auf dem früheren Gouvernementsplatz auf Langgarten und in Langfuhr ständige Vergnügungsparks gebildet, die Veranlassung zur dauernden Belästigung der Anwohner gaben. Aus diesen Gründen und um den vielen Anträgen, die um Hergabe von Gelände für Schaubuden usw. gestellt werden, nachzukommen, ist es erforderlich, einen geeigneten ständigen Vergnügungsplatz, der nicht allzuweit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt liegt, zu schaffen. Der Markthallenausschuß hat das der Stadt gehörige Gelände auf der Ostseite von Langgarten, zwischen der Kleinbahn und dem Langgarter Wall gelegen, in Größe von 16 000 Quadratmetern (etwa 6 Morgen) für die Errichtung eines Vergnügungsplatzes als geeignet befunden. Der Platz bietet den Schaubudenbesitzern, weil die Schlachthofbahn vorbeiführt und auch auf Langgarten genügend und leicht Unterkunft für Pferde und Material zu erlangen ist, Vorteile. Die Entfernung von der Mitte der Stadt ist fast ebenso weit, als zum früheren Platze vor dem Olivaer Tor. Belästigungen der Anwohner sind hier wenig zu befürchten. Es dürfte aus den Standgeldern eine größere Einnahme zu erzielen sein.

Um die viel angefeindeten Einmarkscheine abzulösen, soll, wie verlautet, augenblicklich Versuche zur Ausprägung von Einmarkstücken im Gange. Natürlich sollen diese gleich den neu ausgeprägten Fünfzigpfennigstücken, aus unedlem Metall ausgeprägt werden. Irgend welche Silbermengen werden bei der Herstellung auf keinen Fall zur Verwendung kommen.

Verbraucher in der Ernährungswirtschaft. Der Gedanke bricht sich immer stärker durch. Im Kuratorium der Reichsgetreidestelle hat man die Sitze der Vertreter der Landwirtschaft, der Verbraucher, sowie des Handels und der Industrie verdoppelt. In den Aufsichtsrat sind auch zwei Vertreter der Arbeitnehmer berufen worden.

Und die nennen uns Völker! Der „Elbinger Zeitung" entnehmen wir folgende Zeilen: Der Silvestertag scheint doch recht stark gefeiert zu sein. Daß die Gast- und Kaffeehäuser und anderer Zusammenkunftsorte stark gefüllt waren, haben wir bereits mitgeteilt. Nicht aber, daß ein einziges dieser Kaffeehäuser am Silvestertage einen Umsatz von 40 000 Mark, sage und schreibe: vierzigtausend Mark gehabt haben soll. Wir sind an hohe Preise gewöhnt. Eine Flasche Wein ist nicht mehr für 8 Mark zu haben und das 15- oder 20-Pfennig-Glas-Bier gehört ebenfalls der Vergangenheit an. Aber trotzdem ist ein Tagesumsatz von 40 000 Mark, den ein einziges Café zu verzeichnen haben soll, eine Merkwürdigkeit, die zu denken gibt. Um 40 000 Mark einzunehmen, müssen eine ganze Menge Gäste beitragen, die gut verzehren, teuer bezahlen und auch das nötige Kleingeld dazu haben.

Gerichtssäle.

Ungetreue Wache. Wegen eines Pferdediebstahls hatten sich die Kanoniere Benno K. und Albert K. in Danzig vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 17 zu verantworten. Die Angeklagten waren auf Wache und benutzten diese Gelegenheit, um ein Dienstpferd zu stehlen. Sie verkauften es für 1500 Mark an einen unbekannten Mann, der ihnen aber nur 200 Mark auszahlte. Das Gericht verurteilte den einen zu 5 und den anderen zu 8 Monaten Gefängnis.

Diebstahl im Freihafen. Die Arbeiter Willi B. und Ernst K. in Neufahrwasser kamen in den Freihafen und wollten hier aus einem Waggon zwei neue Anzüge der amerikanischen Kommission gefunden haben. Wahrscheinlich hatten sich Diebe die Anzüge hier verwahrt. Die Genossen nahmen nun die Anzüge an sich und schnallten sie auf dem Rücken unter den Kleidern fest. Beim Verlassen des Tores machten ihre Figuren doch einen verdächtigen Eindruck, und sie wurden angehalten und untersucht. Dabei kam ihre Tat heraus. Die Anzüge hatten einen Wert von 650 Mark. Das Schöffengericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 4 Wochen Gefängnis.

Kettenhandel mit Vieh. Der Arbeiter Bernhard W., der Arbeiter Robert Sch. und der Fabrikant Richard St. in Schellmühl hatten sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. W. und Sch. kauften in Kokoschken eine Stärke für 800 Mark und verkauften sie weiter an St. für 1450 Mark. St. verkaufte das Vieh wiederum weiter. Es lag also ein Kettenhandel vor. Die Stärke wurde auch unbefugt aus dem Kommunalverband ausgeführt. St. war zum Weiterverkauf nicht befugt. Das Gericht verurteilte W. und Sch. wegen unbefugten Weiterverkaufens und Ausführens, sowie Kettenhandels zu je 600 Mark Geldstrafe, St. wegen unbefugten Weiterverkaufs zu 300 Mark Geldstrafe.

„Marktenfreies Rindfleisch." Der Händler Stanislaus M. und der Landwirt Franz M. in Damenstein, Kreis Dirschau, kauften in Grenzdorf von einem Eigentümer 150 Pfund Rindfleisch ohne Fleischmarken. Das Schöffengericht verurteilte die beiden zu je 900 Mark Geldstrafe.

Ein Schmutzfink. Der Arbeiter Paul S. in Heubude verführte ein unbescholtenes Mädchen im Alter unter 16 Jahren. Er wurde deshalb vom Schöffengericht zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Filmschau.

Metropol-Lichtspiele: „Das Geheimnis des Amerika-Docks". Was diesen Detektivfilm von vielen anderen seines Schlages angenehm unterscheidet, ist der Fortfall jener mit unter unmöglichen Abenteuer und Figuren die uns um Sherlock Holmes oder Fred Horst zu sehen gewohnt ist. Die ganze Handlung bewegt sich im Rahmen des Möglichen und erscheint somit durchaus glaubwürdig und natürlich; trotzdem ist sie äußerst spannend. Alle notwendigen Nebenhandlungen sind nur soweit angedeutet, als sie zum Verständnis des Ganzen notwendig sind. Landa und Schünzel und andere mehr bürgen für ausgezeichnete Darstellung. Ein Lustspiel „Frech gewagt ist halb gewonnen" zeigt in frischen, flotten Bildern Onkel Quabbe mit seinem lebensfrohen Neffen auf Abwegen. V. E.

Polizeibericht vom 7. Januar 1920. Verhaftet: 26 Personen, darunter 6 wegen Verdachts des Diebstahls, 4 wegen Hehlerei, 1 wegen versuchten Einbruchs, 1 wegen Glücksspielens, 2 wegen unerlaubten Waffentragens und 12 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Brieftasche mit Papieren für Felix Kreft; 1 braune Aktentasche; 1 Monatskarte für Bernhard Wotki; 1 Portemonnaie mit Fahrkarte für Wilna; 1 Bauer Federkragen; 1 silberne Damenuhr mit Goldrand, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 Samtpompadour mit Portemonnaie und Taschentuch, abzuholen von Frau Marie Jurkat, Mattenbuden 16, Hof 1.

Standesamt.

Todesfälle: Tischlermeister, Landsturmmann August Schmidtke, 44 J. 1 M. — Rentenempfänger, ehemaliger Kanonier Emil Krowski, 44 J. 1 M. — Witwe Josefa Krause, 9 M. — Witwe Josefa Kowalski, 86 J. — T. d. Briefträgers Johannes Krause, 9 M. — Witwe Rosalie Irene Goerke, 21 J. 2 M. — Kaufmann Ehel Unverehelichte Irene Goerke, 21 J. 2 M. — Kaufmann Ehel Kupferschmied, 47 J. — Frau Maria von Linke geb. von Starosty-Pinske, 50 J. 10 M. — T. d. Modelltischlers Alfred Arndt, 11 M. — S. d. Kanonengießers Franz Marx, 7 M. — Unehelich: 1 S.

Aus dem Freistadtbezirk.

Ohra.

Parteipolitik statt Gotteswort in der Kirche.

Zu diesem sattsam bekannten Thema wird uns aus unserem Leserkreis geschrieben:

Herr Pfarrer Kleefeld führte in seiner Silvesterpredigt lebhaft Klage über die vielen leeren Bänke vor seinen Augen.

Sollte nicht vielleicht in der „Sozialpolitik", die dieser Herr an seinem Gotteshause betrieben, mit ein Grund für diese Kirchenflucht in unserem Ort zu finden sein?

Wir hörten da heftige Vorwürfe gegen die Arbeitslosenunterstützung. „Sie leben einen guten Tag von diesem Gelde!" So spottet dieser Seelenhirt. „Wohin soll das führen?!" jammert er.

Und wie steht es mit der Christenpflicht: Brich mit den Hungrigen dein Brot! Für den Leib des Herrn mußte zur Not-Abendmahlszeit dein Scherflein aus dem Geldbeutel des Polizeipräsidiums, der Pfarrer bischlagnahmten, sind noch nicht vergessen.

„Wohin soll das führen?!" Merken Sie warum es so hohl klingt in Ihrem Haus?

Herr Pfarrer Paul bekämpft die Sozialdemokratie schon von der Kanzel herab. Er wirft ihr vor, sie wolle die Religion abschaffen. Ein feiner Irrtum, mein Herr! Wir wollen nur die Kirche vom Staat trennen. Und das ist ganz etwas anderes?! Der Religions z w a n g muß fallen! Es soll sich jeder frei entscheiden. Wie gut und richtig schreiben lernten unsere Kinder, wenn Katechismus und Tedeum die Schulstube nicht mehr fähen!

Den aber das Herz treibt, der mag hingehen und sich erbauen am reinen Gotteswort. Wir werden ihn darum nicht verachten.

Aus den Ostprovinzen.

Marienburg. Die „Marienburger Zeitung" hilft schieben. Die „Marienburger Zeitung" enthält ein Inserat, in dem eine badische Schweinefirma Schweine anzukaufen sucht.

Bekanntlich ist Baden eine der Hauptgegenden, über die das deutsche Fleisch nach dem Ausland verschoben wird. Auch die „Marienburger Zeitung" macht gelegentlich brav in Entrüstung über die Sittenlosigkeit des Schiebertums. Freilich ist ihr edler Eifer gelegentlich nur platonisch, wie der vorliegende Fall lehrt. — Wer wirklich noch Silber- oder Goldgeld hat, soll sich durch die anscheinend hohen Preise nicht ködern lassen.

Thorn, 8. Jan. Mit der Registrierung der polnischen Arbeiter für Frankreich ist am 27. November begonnen worden. Bis zum 10. Dezember hatten sich beim Warschauer Arbeitsvermittlungsamt 5024 Arbeiter gemeldet, von denen 1200 für den ersten Arbeitertransport der französischen Mission zugeführt wurden. Nach ärztlicher Untersuchung und Ausschließung der Gestellungspflichtigen ist mit 800 Arbeitern der Vertrag abgeschlossen worden. Der erste Transport ist am 14. Dezember von Warschau nach Toul abgegangen. Im Januar folgen wöchentlich zwei Züge mit je 1000 bis 1200 Arbeitern, bis die Zahl von zirka 26 000 erreicht ist.

Stargard. Die Stargarder Eisenbahnarbeiter haben es abgelehnt, Reparaturarbeiten an den Panzerlokomotiven jetzt vorzunehmen. Sie seien Diener der Allgemeinheit und die Reparatur anderer Lokomotiven sei für die Allgemeinheit nützlicher. Einstweilen ruht also die Arbeit an den Panzerlokomotiven.

Aus aller Welt.

Nachwehen des Krieges.

In der Eisenstahlgießerei des Magdeburger Kruppwerkes, in der schwere Geschütze eingeschmolzen wurden, erfolgte am 6. Jan., nachmittags, beim Auswechseln der Sauerstoffflaschen eine schwere Explosion. Drei Arbeiter sind tot, zwei tödlich verletzt.

Schiffsbrand in Neuyork.

Eine Feuersbrunst, deren Ursache noch unbekannt ist, brach am Montag morgen an Bord des früheren deutschen Dampfers Prätoria aus, der kürzlich an Großbritannien abgetreten wurde. Der Schaden wird auf 100 000 Dollar beziffert.

Kartoffeln mit Goldstücken gespickt.

Aus Posen wurden zwei Zentner Kartoffeln nach Kongreßpolen verschickt. Ein Bahnarbeiter entnahm der Sendung eine Kartoffel und fand darin ein goldenes Zehnmarkstück. Daraufhin wurde die ganze Sendung nachgesehen, und es stellte sich heraus, daß fast jede Kartoffel ein Zehnmarkstück enthielt. (?)

Gastwirte für Verminderung der Wirtschaften und Verwendung von solchen zu Wohnungszwecken. (!)

Aus Bern wurde unlängst berichtet: „Die thurgauischen Kaffeehausbesitzer haben ein seltsames Gesuch an den Großen Rat gerichtet: sie bitten ihn, Maßnahmen zur Verminderung der Zahl der Wirtschaften zu ergreifen, denn das Gesetz von 1906 sei in dieser Hinsicht unzureichend. Dieses Gesetz fordert, daß eine Gemeinde keine neue Schankerlaubnis erteilen darf, wenn sich am Orte schon je eine Wirtschaft auf 100 Einwohner befindet. Die Wirte erachten diese Begrenzung als ungenügend; sie fordern den Staat auf, denjenigen Wirten eine Unterstützung zu bewilligen, die in der Lage wären, ihre Lokale zu schließen und sie zur Steuerung der Wohnungsnot nutzbar zu machen."

Der „nobele" Bauer und der noch nobelere Sozialdemokrat.

Die „Niedersächsische Volksstimme" in Hameln erzählt folgendes Geschichtchen: Fand da in einem Nachbarorte eine prächtige Volksversammlung statt. Der Redner hatte zwei Stunden gesprochen, die Versammlung wird trotz der Kälte im Lokal bei dem naßkalten Wetter zu Wärme und Begeisterung hingerissen, man klatscht lebhaft Beifall. Es folgt eine Tellersammlung zur Deckung der Tageskosten der Versammlung. Da fliegen Papierscheine auf den Teller, selbst 5-Mark-Scheine. Alle geben freudig. Ein reicher Bauer greift auch in die tiefsten Tiefen seiner „Bückentaschen", holt stramm ein eisernes 5-Pfennig-Stück hervor und opfert es mit stolzer Miene auf den Teller. Der Tellerhüter ist einen Moment verblüfft, schnell aber blitzt ihm ein Gedanke durch den Kopf: Einen Ogenblick, du gaue Brauder bekummst noch veer Pennje wedder herut! Und er holt vier deutsche Reichspfennige hervor und zahlt sie dem „gauen Brauder" aus. Dieser war aber keineswegs beschämt, er nahm das Kupfer und steckte es zu sich. Hatte er doch ein Geschäft gemacht. Für seine dreckige Eisenplatte bekam er vier Kupferscheiben. Und da sage noch einer, daß manche Bauern nicht schlau seien.

Teure Kostgänger.

Nachdem das erste Jahr der Besetzung der Stadt Saarbrücken bereits ein fünftes Steuerquartal eingebracht hat, da ein Fehlbetrag von 2 700 000 Mark zu decken ist, werden seitens der Besatzungsbehörden immer wieder neue Anforderungen an sie gestellt. Die Unterbringung der zahlreichen französischen Familien, die angesiedelt werden, kostet ihr eine Heidenmenge Geld. Diese Familien werden nämlich, wie überall im besetzten Gebiet, einfach hingesetzt und dann hat die Stadt ihnen Wohnungen zu besorgen, wie, das ist ganz einerlei; jedenfalls muß ihnen Unterkunft besorgt werden und unter Umständen auch die nötigen Einrichtungen mitgeliefert werden. Um die Sache für die französische Behörde besonders bequem zu machen, wurde die Stadt veranlaßt, ein französisches Wohnungsamt dem städtischen Amt anzugliedern, wofür die Nachbewilligung von Mitteln erforderlich wurde; wohl oder übel mußten diese bewilligt werden. In der Aussprache über den Antrag wurde von einem Stadtverordneten der Meinung Ausdruck gegeben, „daß der Stadt nichts anderes übrig bliebe, als für die französischen Herren Wohnungen zu bauen." Der Vorsitzende entgegnete, daß die Stadtverwaltung dieser Anregung schon näher getreten sei. Also das Bauen im großen Stil kann in Bälde losgehen; dafür, daß fleißig gebaut werden muß, werden die Franzosen schon Sorge tragen. Der Zuzug, der bereits eine Ueberschwemmung der Stadt mit Schiebern und ähnlichen dunkeln Gestalten zur Folge hat, wird immer stärker anschwellen, so daß für das Baugewerbe goldene Zeiten bevorstehen. Das Schönste an der ganzen Sache aber ist, daß die „französischen Herren" keineswegs gesonnen sind, in die teuren neuen Wohnungen zu ziehen, sondern die billigen alten, inmitten der Stadt gelegenen bevorzugen. Ihre Ansprüche an Behaglichkeit und Bequemlichkeit sind eben weit bescheidener als diejenigen der in der Kultur zurückgebliebenen deutschen Barbaren. Da außer für Bauten im Laufe des Jahres sicherlich noch ganz andere Anforderungen an die Saarbrückener seitens ihrer teuren „Gäste" gestellt werden, Anforderungen, die sich im voraus gar nicht übersehen lassen, so kann sich die Bürgerschaft schon jetzt darüber klar werden, ob sie im nächsten Jahre selbst mit einem fünften Steuerquartal auskommen wird.

1600 Jahre alter Wein.

Flüssiger Römerwein aus der Zeit Kaiser Konstantins des Großen ist eine einzigartige Seltenheit, die sich im historischen Museum der Pfalz zu Speyer befindet. Wie in „Ueber Land und Meer" erzählt wird, wurden 1867 im „Rothschild" vor Speyer zwei Steinsärge ausgegraben, die außer in Kalk gebetteten Skeletten eine Anzahl Glasgefäße enthielten. Das Alter der Leichen wurde auf die Zeit um 300 n. Chr. bestimmt. Die Funde kamen in das Speyerer Museum, und dort sind nun Proben von dem kostbaren Inhalt der Glasgefäße chemisch untersucht worden. Das ausführliche Gutachten kam zu dem Schlusse, daß die in den Gefäßen befindliche Flüssigkeit ursprünglich aus Wein oder einem weinartigen Getränk bestanden, aber im Laufe der Zeit den Weincharakter durch mehr oder weniger tiefgreifende Zersetzungen eingebüßt haben mag. Der Fund dieses 1600 Jahre alten „Römerweins" wurde dadurch noch ergänzt, daß man feststellen konnte, daß schon zu Römerzeiten in unmittelbarer Nachbarschaft der Fundstelle Weinbau betrieben worden war. Seit uralter Zeit ist es ja einer der häufigsten Totengebräuche gewesen, den Dahingeschiedenen Speise und Trank auf den Weg ins Jenseits mitzugeben. Erst Karl der Große hat diese heidnische Sitte in Deutschland verboten. So findet man denn häufig in alten Gräbern noch Ueberreste von Speisen in Form von Tierknochen. Aber es ist eine ganz außerordentliche Seltenheit, daß sich Glasflaschen mit noch flüssigem Inhalt aus so uralter Zeit erhalten, wie dies bei dem Römerwein von Speyer der Fall ist. Die Flüssigkeit war durch eine Harzschicht von Olivenöl abgedeckt.

Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nr. 1 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen, unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Das neue Jahr und der alte Geist von Rud. Breitscheid; Kommunismus und Terrorismus von Bruno Asch; Die Kommunisten in Deutschösterreich von Julius Braunthal-Wien; Theodor Fontane von Anna Siemsen.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 6 Mark zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Der Bierfiedler.

Von Axel Vesterhausen.

Die Straßen der Stadt liegen ruhig. Trübes Licht verbreiten nur die paar elektrischen Birnen in kleinem Umkreis. Ein Hund trottet müde an der Häuserwand entlang. Eine verspätete Droschke rollt die [illegible] Straße nach Westen.

Nennenswerte Schwingen breiten in den winkligen Gassen. Ringend kämpft ein Lichtschein mit der geschlossenen, rissigen Fensterlade hervor. Eine Stimme [illegible].

In der Ferne klappen Haustritte und klingen hohl in der Enge um Ecke wieder, bald näher, bald ferner wechselt das Tappen.

Um ein nennenswertes Gebäude schwankt sich ein Mann. Unter der schmierigen Schürze bläht er [illegible]. Sein massiger Oberkörper neigt sich nach vorn, als könnte er nicht den großen Kopf tragen. Plumpe, gläserne Reifen umschließen die Glieder. Auf den grauen, weißen Haaren sitzt ein großer Filzhut in den Nacken geschoben.

„Kameraden, [illegible]" Er lehnt seinen Geigenkasten an die Mauer. Tief den schweren Beutel. Geld. „Eine — zwei Mark. Vierzig — Neunzig — siebenundsiebzig. Zwei Mark fünfundsiebzig! Prächtige Kameraden!"

Umständlich will der Spätling seinen Beutel unter den linken Arm zwängen. Doch schnell hängt er am Körper.

„Ja, alter Freund, willst auch du mir ganz untreu werden? Ja, wir haben früher bessere Sachen gespielt! Doch laß nur sein. Es ist ja gar nicht mehr gewesen!"

„Ja, ja, alter Heinrich Dreyinger. Du warst einmal ein ganzer Kerl, ein wackerer Junge. Musik — Musik! Hungerleider, Nichtskönnende Besserwisser. Du und du! Schweig still. Es war ja nur ein kühner Traum!"

Die Geige unterm rechten Arm, trottet der Bierfiedler weiter. Krumm und quer durch die stillen Straßen. Endlich die letzten kleinen Arbeiterhäuschen. Vor einer kleinen Hütte hält er an.

„Ich, wollt' jetzt nicht in dein Loch! Diese Nacht sollen die Mäuse allein in der Speisekammer rumoren! Hohohe!"

Durch [illegible] und [illegible] [illegible] der [illegible] Ton. Ueber dem Dächer brennt schwerer Nebel.

An den Weiden hängen Perlschnüre. Sacht plätschern die Wellen des Ufers. [illegible] Stämme gurgelt die braune Flut. Ganz aus der Ferne rauscht das Mühlenwehr.

Die Wolken zerfließen. Der Mond blickt schwermütig auf dem Wasser. Vorsichtig lugen die Sterne herab.

„O Jugend! Jugend! Verloren bist du — für immer verloren. Arme, [illegible] Mutter! Du hast deinen Jungen nur noch in den Tagen des Glückes gesehen. Sei froh, daß du gingst, sonst wärst du gebrochenen Herzens gestorben!"

Immer dumpfer grollen die Wasser, gieriger lecken sie an dem Ufer empor.

„Ja, ja! Wein und Weiber! Ihr verfluchten schönen Teufel! Und dann — dann aus mit der Kunst. Nur noch zur Tanzmusik taugte der halblahme Arm. Alter, treuer Freund, das mußtest du mir nicht antun. Ach, ihr schmutzigen Tage in dem untersten Sumpf. Und nun — nun —?!"

Leise bröckelt der Lehm in das Wasser. Langsam schurrt der Alte hinab. Der Geigenkasten platscht auf den Spiegel und schaukelt bedächtig auf den Wellen.

„Hall, Kamerad! Eile nicht weg!"

Nach dem Entfliehenden greift der lahme Arm. Der Boden [illegible] unter den Füßen — immer heftiger. Tiefer — tiefer sinkt der Körper . . .

Aus der Tiefe gurgelt noch einmal. . . . Dann Stille . . . Stille. . .

Im Nordosten steigt der Mond. Ein schwarzer Nachen und ein alter Mann treiben langsam dem brausenden Wehre zu . . .

Nich?

Ein schönes Wort, nich? Angeblich stammt es aus Hamburg, aber es hat sich hier bei uns so weit eingebürgert, so viele treue Freunde erworben, daß man ihm seine „Fremdwort"-Eigenschaft gar nicht mehr ansieht, nich? In der Aussprache kann man die feinsten Nuancen vom zarten „nich" bis zum groben „nisch" bemerken.

Es ist ein ganz gefährliches Ding, dieses „Nich", ansteckend wie die Pest (sonst wäre es ja nicht so verbreitet, nich?). Ich bürge der dafür lieber Leser; verkehrst du viel mit „Nich"-Leuten, so fängst [illegible] auch an zu „nichen", wenn du nicht Gewalt gebrauchst und deine ganze Widerstandskraft und Willenskraft aufbietest, um nicht auch zu erkranken.

„Nich", das soll ja heißen: „Nicht wahr?", „Ist es nicht so?" u. dergl. Es scheint einem auch nicht leicht auf die Zunge fallen, wenn es wenigstens nur dort angewandt würde, wo es wirklich eine Frage bedeuten soll. Zum Beispiel: „Die neuen Steuern sind doch ungeheuer hoch, nicht wahr?" („nich"?). Aber es wird vielfach auch ganz sinnlos zum Beispiel beim Erzählen von Vorgängen usw. gebraucht, die wir nicht kennen, und deretwegen wir also auch nicht gefragt werden können und nach Absicht des Erzählers es ja auch gar nicht sollten, wie z. B. wenn mir jemand erzählte:

„Neulich ging ich die Friedrichstraße entlang, nich? Da kam ein Wagen gefahren, nich? Der war ganz hoch mit Aepfeln beladen, nich? und alle Augenblicke fiel ein Apfel herunter, nich?, und der Kutscher merkte nichts, nich? Ich aber ging hinterher, nich? und hob die Aepfel alle auf, nich? Auf einmal kam ein Schutzmann, nich?, der sagte, nich?: „Sie wissen wohl nicht, nich?, daß das Diebstahl ist, nich?" Da sagte ich: „Nein, ich dachte, nich?, die Aepfel, die auf der Straße liegen, nich?, kann jeder aufheben, der will, nich?" —

Einen besonderen Reiz verspreche ich mir davon, gute Erzählungen, beispielsweise eine Goethesche, auf diese Weise zu „vernichen". Leider muß ich Raummangels wegen auf eine Probe verzichten. Aber es wird nach obigem Beispiel auch so jeder zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß diese scheußliche „Nich" in die Wolfsschlucht gewiesen werden muß, nich?

Humor und Satire.

Aus der Schule. Lehrer: „Manche männlichen Vornamen lassen sich in die entsprechenden weiblichen verwandeln, wenn man „ine" anhängt; z. B. Albert Albertine. Wer weiß noch andere?

— „Philippine."

„Richtig."

— „Josephine."

— „Auch gut."

— „Wilhelmine."

„Na, noch einen?"

— „Die Trichine."

„Die Trichine?" Von welchem Namen soll das abgeleitet sein?"

— „Von Dietrich."

Sein Kummer. Philanthrop: Sie sagen, daß Sie der Sorgen wegen trinken, was haben Sie denn auch für Sorgen?

Säufer: Ja, schauen, ich kann nicht trinken, bis [illegible] [illegible] [illegible]

Tritt die sozialistische Partei ins Stadtverordnetenpräsidium ein?

In einer am Montag stattgefundenen Besprechung der Fraktionsvorstände erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, den ersten Vorsteherposten der Sozialistischen Partei nicht zugestehen zu können, dagegen boten sie der Partei den zweiten Vorsteherposten an. Es scheint also, daß die bürgerlichen Parteien die Gewaltpolitik ausführen wollen. Nach allgemein parlamentarischem Gebrauch stellen die Parteien nach ihrer Stärke das Präsidium. In den Parlamenten mit sozialistischen Mehrheiten ist auch allgemein darnach verfahren worden. Wo bleibt da das demokratische Prinzip, das die bürgerlichen Parteien in Erbpacht genommen zu haben behaupten? Von der Sozialistischen Partei war der Genosse Nagrotzki in Vorschlag gebracht worden, der sich bisher nicht nur als geschickter und unparteiischer Verhandlungsleiter bewiesen hat, der mit äußerster Ruhe und seinem ihm eigenen Humor hochbewegte Debatten in ruhige Bahnen zu lenken verstand, sondern der auch allen anderen Parteien sympathisch sein könnte. Aber man will grundsätzlich die Sozialdemokratie gewaltsam bekämpfen. Es ist gut, daß diese elende Heuchlergesellschaft gleich von vornherein ihr wahres Gesicht zeigt. Die Sozialistische Partei wird ihre Taktik danach einzurichten haben. —

Die Fraktion wird heute nachmittag in einer Sitzung endgültig dazu Stellung nehmen.

Der Angestelltenstreik auf der Reichswerft.

Ueber die Ursachen des Streiks wird uns von einem Mitarbeiter, der auf der Werft beschäftigt ist, geschrieben:

In dem gestrigen Artikel in den „Danziger Neuesten Nachrichten" hat die Direktion die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Die Streikandrohung kann für die Direktion nicht überraschend gewesen sein, denn sie ist schon zum 22. Dezember, mittags 12 Uhr, befristet aufgefordert worden, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Direktion hat den Abschluß eines Tarifvertrages auf der Grundlage des Reichstarifes, der zurzeit am besten durchgearbeitet ist und den jetzigen Teuerungsverhältnissen einigermaßen entspricht, abgelehnt. Die Streikandrohung ist also nicht vom Himmel gefallen. Eine Gehaltsaufbesserung hat nicht stattgefunden. Wenn die Direktion mit einer Gehaltsaufbesserung nur die Akademiker bedacht hat, wo bleibt dann die breite Masse mit ihren Hungergehältern? Letzteren bietet man 30 Proz. vom Grundgehalt, das zurzeit 130 Mark beträgt, also eine Aufbesserung von 39 Mark monatlich. Auf der anderen Seite sollen die Angestellten, wie die Direktion mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, 8 Stunden täglich Arbeit leisten einschl. einer halben Stunde Mittagspause, in der, wie es wohlwollend hieß, ein warmes Mittagbrot eingenommen werden soll. Diese 30 Prozent Erhöhung reichen aber bei weitem nicht aus, um diese für die Familienväter unnützen Ausgaben in Gestalt einer Zwischenverpflegung zu bestreiten. Dies alles soll nur geschehen um dem hartnäckigen Standpunkt der Direktion Rechnung zu tragen. Ob aber die Angestellten in der Lage sind, den Mehraufwand zu tragen, danach fragt Professor Nos und Oberbaurat Süßenguth nicht. Die Revolution hat den Angestellten den 7-Stunden-Tag gebracht; dies gilt auch für die im Osten arbeitenden Angestellten. Ist die Direktion der Danziger Werft etwa der Meinung, ihre Angestellten haben besonders gute Gehälter und demzufolge bessere Verpflegung, so daß sie die ausgedehnte Arbeitszeit ertragen können?

Wie die Tarifvertragsfrage Anfang Dezember auftrat, hat die Direktion von vornherein erklärt, sie schließt keinen Tarifvertrag ab, sondern will mit ihren Angestellten einzeln verhandeln. Diese Ansicht wird in der Erklärung der Direktion in den „Danzig N. N." vom 7. Januar deutlich wiederholt. Schon damals haben die Werftangestellten Vorsicht walten lassen, da sie vermuten mußten, daß dahinter der Verband der Eisenindustriellen spukt. Die Direktion hat aber klipp und klar diese Frage verneint. Jetzt wird der Vorhang gelüftet und dahinter sehen wir den Verband der Eisenindustriellen, der nicht zulassen will, daß auf der Danziger Werft ein Tarifvertrag abgeschlossen wird.

Aus dem Vorstehenden sehen wir wohin die Reise geht. Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung hat hier ein Arbeitsfeld. Die sozialistische Fraktion wird sich selbstverständlich der Forderungen der Angestellten annehmen.

Die in mehreren hiesigen bürgerlichen Tageszeitungen von der Direktion gegebene Erklärung, daß die Entschließung der Betriebsversammlung der Direktion erst 11.55 Uhr zugestellt worden ist, entspricht nicht den Tatsachen. Der Reichskommissar Gehl hat in der Zeit von 10 bis 10.30 Uhr dem Direktor, Herrn Oberbaurat Süßenguth, die Entschließung der Betriebsversammlung mitgeteilt.

Im übrigen ist die Direktion seit Ende Dezember über den Ernst der Lage nicht im Zweifel gelassen worden.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Ortskartell Danzig.

Die in den Tageszeitungen veröffentlichte Darstellung der Tarifbewegung die von den „D. N. N." als eine Erklärung des Angestellten-Ausschusses ausgegeben wurde, hat bei einem Teile der Angestellten der Abwickelungswerft Befremdung hervorgerufen. Der Angestellten-Ausschuß teilt uns hierzu mit, daß er diesem Artikel fernsteht. Wir erklären hierzu, daß es sich bei dem fraglichen Artikel um die Arbeit eines hiesigen Korrespondenten handelt, der mit den Verhältnissen auf der Werft nicht ganz vertraut gewesen ist.

Welche Besatzung erhält Danzig?

Die deutsche Regierung hat eine Note an die Alliierten gerichtet, in welcher sie gegen die starke Besatzung von Danzig protestiert, da diese Stärke beträchtlich den Friedensstand übersteigt. Der „Temps" erklärt hierzu, daß diese Angaben der Wirklichkeit nicht Rechnung tragen. Der Danziger Hafen müßte den englischen Truppen, die in die verschiedenen Abstimmungszonen verteilt werden sollen, als Stützpunkt dienen. Die Truppenstärke, von denen die Berliner Regierung habe reden hören, bezöge sich auf die Danzig passierenden Truppen, nicht aber auf diejenigen, die dort ihren Standort haben würden.

Die Fischereinutzung in der Mottlau

vom Krampitzer schwarzen Wall bis an die Speerstgasse und die Spitze von Strohdeich soll nach einer der Stadtverordnetenversammlung gemachten Vorlage des Magistrats für jährlich 3670 Mk. an Herrn Eduard Kratzki-Ohra auf 12 Jahre verpachtet werden. Bisher war die Fischereinutzung in der Mottlau, Elfe- und Stiefelohe für jährlich 1650 Mk. verpachtet. Es hat sich aber herausgestellt, daß es vorteilhafter ist, die Fischereinutzung in diesen Wasserläufen einzeln zu verpachten. In dem Ausbietungstermin am 6. Dezember 1919 bliet Herr Kratzki mit 3670 Mk. Meistbietender. In demselben Termin wurden geboten für die Fischereinutzungen in der Elfe- und Heringslake 1150 Mk., in der Stiefelake 360 Mk. Durch die Einzelverpachtung bringt die Fischereinutzung der Wasserläufe eine Mehreinnahme von 3375 Mark.

Der Streik der Geschäfts-, Last- und Expeditionskutscher ist nach zweitägiger Dauer beendet worden, nachdem zirka 200 Arbeitgeber die gestellten Forderungen bewilligt haben. Aus dieser Tatsache geht zur Genüge hervor, daß sich diese Arbeitseinstellung hätte vermeiden lassen, wenn die Arbeitgeber ihrer Arbeiterschaft gegenüber das notwendige soziale Verständnis entgegengebracht hätten. Gesperrt bleibt noch die Firma Gebr. Müller, Hopfengasse, die bisher den Vertrag noch nicht anerkannt hat. Die Kutscher werden aus dieser Bewegung gelernt haben, daß nur innerhalb einer geschlossenen Organisation ihre Interessenvertretung möglich ist und daß sie für die Zukunft alles daran setzen müssen, das Organisationsverhältnis unter den Kutschern weiter zu fördern und auszubauen.

Bericht über die Tätigkeit des städtischen Arbeitsamts im Monat Dezember 1919. Arbeitsuchende: m. 8450, w. 2481, zus. 10 931. Offene Stellen: m. 1617, w. 645, zus. 2262. Besetzte Stellen: m. 1491, w. 471, zus. 1962. — Seit 1. April 1919 betrug die Zahl der: Arbeitsuchenden: m. 47 689, w. 14 320, zus. 62 009. Offene Stellen: m. 14 182, w. 6205, zus. 20 387. Besetzte Stellen: m. 11 968, w. 3420, zus. 15 388.

Kasernen zur Linderung der Wohnungsnot. Der Ausschuß für Wohnungsbeschaffung wandte sich durch den Vollzugsausschuß an den Reichswehrminister mit der Bitte, zu veranlassen, daß die Militärbehörden in Danzig dem Magistrat diejenigen Kasernen zur Verfügung stellen, die freigemacht werden können. Es wurde darauf hingewiesen, daß Kasernen fast unbenutzt wären, die mittelbar zur Linderung der Wohnungsnot brauchbar seien. Hierauf ist folgende Antwort des Reichswehrministers eingegangen:

„Zu Ihrer mit Schreiben vom 29. 10. 19 übersandten Beschwerde über mangelndes Entgegenkommen seitens der militärischen Behörden in Danzig wurde die Aeußerung der einschlägigen Dienststelle erbeten. Trotzdem nach Meldung der Befehlsstelle des 17. A.-K. bereits eine Anzahl Kasernen dem Magistrat der Stadt Danzig zur Verfügung gestellt ist, wurde diese Behörde erneut ersucht, durch möglichste Einschränkung, soweit mit den militärischen Interessen vereinbar, Räume zur Linderung der Wohnungsnot frei zu machen."

Eine Dampferlinie Kopenhagen—Danzig ist von einer dänischen Reederei eingerichtet worden. Mit dem 1000 Tonnen großen Dampfer „Moskow", der besonders für Passagierbeförderung eingerichtet ist, soll ein Wochenverkehr zwischen Kopenhagen und Danzig eingerichtet werden.

Die deutschdemokratische Stadtverordnetenfraktion wählte zu ihrem Vorsitzenden den Landtagsabgeordneten Schmiljan, zum Stellvertreter Dr. Herrmann.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Arbeitsvermittlung nach Oberschlesien. Wie der Magistrat heute bekannt macht, können einige hundert ungelernte Arbeiter im oberschlesischen Kohlenbergbau Verwendung finden. Die Arbeitsbedingungen sind günstig, die Unterkunfts- und Verpflegungsfragen geregelt. Eine Kommission aus Vertretern der Gewerkschaften und des Arbeitslosenrats hat die Arbeits-, Unterkunfts- und Verpflegungsbedingungen an Ort und Stelle nachgeprüft und sich auch über die politischen Verhältnisse in Oberschlesien unterrichtet. In Anbetracht der Tatsache, daß wir in Danzig über 8000 Arbeitslose haben, wird die Arbeitsaufnahme in Oberschlesien befürwortet. Die durch die Verstärkung der Belegschaften zu erzielende Verbesserung der Kohlenförderung wird voraussichtlich auch uns zugute kommen. Meldungen von Arbeitswilligen sind in der Vermittlungsstelle Töpfergasse 1—3 während der Dienststunden anzubringen.

*

Vermittlungsgebühr für Geschäftsräume. Der Magistrat gibt eine Anordnung bekannt, in der er die für die Vermittlung von Mieträumen zu zahlende Gebühr auf 2 — zwei — v. H. des einjährigen Mietszinses festsetzt. Diese Festsetzung erfolgt gemäß § 3 der Reichsverordnung gegen den Wucher bei der Vermittlung von Mieträumen. Da in Danzig der gesamte Nachweis von Wohnungen und zu Wohnzwecken dienenden Räumen durch die kostenlose Vermittlung des städtischen Wohnungsamtes erfolgt, wird durch die obige Anordnung des Magistrats nur die Vermittlung von Geschäfts- und Ladenräumen, Bureaus, Kontoren und dergleichen berührt. Für die Vermittlung derartiger Räume dürfen fortan 2 v. H. des Betrages der Jahresmiete verlangt und gezahlt werden.

*

Ausgabe von Markenbogen zu den Nahrungshauptkarten. Der Magistrat ruft in der heutigen Nummer unserer Zeitung erneut Straßen auf, deren Haushaltungen am Freitag, den 9. Januar, in den aus der Bekanntmachung ersichtlichen Ausgabestellen neue Markenbogen in Empfang nehmen können.

Petroleumkarten. Wir verweisen auf die Bekanntmachung des Magistrats im heutigen Anzeigenteil betreffend den Kauf von Petroleummarken und Zulassung neuer Petroleumhändler. Der Preis für Petroleum ist vom Reichswirtschaftsamt auf 3.75 Mk. für einen Liter hinaufgesetzt. Diese Preiserhöhung wird mit dem teuren Einkauf infolge des niedrigen Standes unserer Valuta begründet.

Theater und Konzerte.

Stadttheater.

„Madame Butterfly."
Oper von Giacomo Puccini.

Das Geheimnis des geradezu aufsehenerregenden Erfolges, den die „Madame Butterfly" vor mehr als einem Jahrzehnt im ganzen musikalischen Europa hatte, liegt in der sehr geschickten Verbindung des Stoffes mit der Musik. Und es scheint, als ob nicht so sehr die üppige, sinnliche Harmonik dieser Musik mit ihren wirkungsvollen Quintenfolgen das Ausschlaggebende gewesen ist, als das gute Textbuch. Das Herz des Hörers ist immer da am stärksten engagiert, wo es reines Mitleid ausgeben kann, und das Unglück dieses naiv empfindenden Kindes, das seine ganze reine Liebe von dem brutalen Egoismus des Geldamerikaners zertreten sieht, der Jammer einer Mutter, der man das Kind nehmen will, um sie dann in Verlassensein und Verachtung hinauszustoßen, sind, zumal in einer so wirkungsstarken Form doch gar zu mächtige Appelle an den Gefühlsapparat, als daß sie ungehört und unempfunden verhallen. Die Musik ist nicht schlechter als die der „Bohème", dagegen besser, weil blühender und lyrischer, als von „Tosca" und dem „Mädchen aus dem goldenen Westen", eine Musik des Schwelgens in lyrischen Schönheiten und krassen äußeren Effekten. Doch eben darum eine, die den Weg zum Herzen der Zeit findet. Ein Gemisch von Athenaion und Kintopp. Aber leider viel mehr Kintopp.

Dr. Heß, der die Oper musikalisch sicher leitete, fand sich mit dem Stil dieser Musik bis auf das Vorspiel zum 3. Akt, das sehr matt kam, wie manches andere, das ich mir viel leidenschaftlicher und sinnlicher denke, recht gut ab, und der Spielordner Eugen Mehler bewies mit seinen stimmungsvollen Szenerien und sehr hübschen Arrangements, daß er seine Sache gut versteht. Dementsprechend war auch der Beifall des wieder ausverkauften Hauses.

Von den Sängern bestanden voll nur Hilde Baumann in der Titelpartie und ihre Dienerin Suzuki, die Alice v. d. Linden sang. Man mag sich vielleicht diese duftige Kimonoträgerin Cho-cho-san äußerlich etwas behender, graziöser vorstellen, aber gesanglich befriedigte sie dafür um so mehr, weil ihr Organ und die Stimmfarbe für diese Rolle geradezu wie geschaffen erscheinen. Uebrigens war die Art, wie sie die Todeskampfszene behandelte, meisterlich. Auch Alice v. d. Linden war gesanglich auf achtbarer Höhe. Richard Hofmüller ist kein Puccini-Sänger, denn seinem Tenor fehlt für die Rolle des Pinkerton vor allem Kantilene und Glanz, auch die Höhen sprachen nur mühevoll an; darstellerische Gewandtheit und ansprechendes Aeußere sollen indes erwähnt sein. Erwin Michaels, den man leider selten zu hören bekommt, sehr schade ist, weil in diesem jungen Sänger ein hübsches Material steckt, sang den Konsul. Offenbar unterschätzt er die hiesigen akustischen Verhältnisse, denn daß er genug Kraft besitzt, bewies er öfter am Abend; meistens aber reichte er damit nicht aus. Sonst war sein Gesang immer sympathisch und seine Darstellung noch etwas eckig, aber im allgemeinen von wohltuender Gemessenheit. Um kleinere Partien waren Margarethe Brüggemann (Kate Pinkerton), Georg Harder (Kommissar), Max Aschner (Bonze) und besonders mit viel beweglichem Humor Rud. Kaminski (Goro) erfolgreich bemüht.

W. O.

Wasserstandsnachrichten am 8. Januar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 1,00	+ 1,03	Dirschau	+ 0,95	+ 0,90
Fordon	+ 1,05	+ 1,09	Pieckel	+ 0,84	+ 0,94
Culm	+ 1,22	+ 1,22	Einlage	+ 2,04	+ 2,98
Graudenz	+ 1,14	+ 1,20	Schiewenhorst	+ 2,10	+ 2,06
Kurzebrack	+ 1,49	+ 1,53	Wolfsdorf	— 1,22	— 0,26
Montauerspitze	+ 0,44	+ 0,35	Anwachs	+ 1,07	+ 0,83

Weichsel: Von der Landesgrenze bis Graudenz schwaches Eistreiben, von dort bis zur Mündung in 1/3 Strombreite Eis treibt nördlich gut in See ab.

Nogatwasserstraße: Eisfrei.

Verantwortlich für Reichs- und auswärtige Politik sowie Gewerkschaftliches Ernst Loops, für Freistadt-, Kommunal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik Bruno Gebauer, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Kurt Lehmann, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Nach beendeter Inventur
ganz besonders billig
Emaille
Blechwaren und Wirtschaftsartikel
Holzwaren

Tasse mit Untertasse	65 ₰	Eßlöffel verzinnt	45 ₰	Fleischbretter	65 ₰
Schaumlöffel	95 ₰	Kaffeelöffel Aluminium	65 ₰	Klammern Schock	1.50
Essenträger grau	1.50	Eßlöffel Aluminium	85 ₰	Rührlöffel	50 ₰
Kasserolle mit Stiel	1.75	Kaffeesiebe	50 ₰	Waschbretter	1.75
Kaffeekanne grau	2.75	Suppensiebe	95 ₰	Handtuchhalter	2.00
Glanzbürsten	1.65				
Auftragbürsten	0.15				

74
Freymann

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe von Markenbogen zu den Nahrungshauptkarten.

Am Freitag, den 9. Januar werden die neuen Markenbogen für die Haushaltungen nachfolgender Straßen in den dahinter vermerkten Ausgabestellen ausgegeben:

Breitgasse — Knabenschule A. d. gr. Mühle 910
Delbrückallee — Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße 16a
Dorfstraße — Heubude, Albrechts Hotel
Dremsenweg — Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße 16a
Dürerweg — Heubude, Albrechts Hotel
Eichenallee — Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße 16a
Eichendorffweg — Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße 16a
Eigenhausstraße — Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße 16a
Eimermacherhof — Mädchenschule Faulgr. 11/12
Elisabethkirchengasse " "
Elisabethwall " "
Essenstraße — Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße 16a
Engl. Damm — Mädchenschule Weidengasse 61
Erichsgang — Knabenschule Schleusengasse 3/4
Ernsthausenstr. — Lgf., Knabensch. Bahnhofstr. 16b
Eschenweg " "
Falkweg " "
Fahrenheitstraße " "
Faulgraben — Mädchenschule, Faulgraben 11/12.
Feldstraße — Langfuhr, Knabenschule, Bahnhofstr. 16b.
Festungsgraben — Mädchenschule, Faulgr. 11/12.
Fleischergasse — Rechtst. Mittelschule, Gertrudeng.
Flunderstr. — Heubude, Albrechts Hotel.
Fortgut Nickelswalde — Heubude, Albrechts Hotel.
Försterei Heubude " "
Fuchswall — Mädchenschule, Faulgraben 11/12.
Gasanstalt II " "
Genossenschaftsstraße — Heubude, Albrechts Hotel.
Große Gasse — Mädchenschule, Faulgr. 11/12.
Gr. Schwalbengasse — Knabenschule, Schleusengasse 3/4.
Gr. Seebadstraße — Heubude, Albrechts Hotel.
Hortstraße " "
Karthäuserstraße Nr. 1—30 — Schidlitz, Mädchenschule, Rektorweg.
Olivaerstraße — Neufahrwasser, Saspersstr. 48/49.
Rangierbahnhof " "
Salzstraße " "
Schleusenstraße " "
Schulstraße " "
Stadtgraben — Mädchenschule, Weidengasse 61.
Weichselbahnhof — Nfw., Saspersstraße 48/49.

Die Nahrungshauptkarten und die Ausweise sind mitzubringen.

Die Dienststunden in sämtlichen Ausgabestellen sind von 8—2½ Uhr, jedoch in Heubude von 10—2½ Uhr.

Danzig, den 7. Januar 1920. (75
Der Magistrat.

Petroleumausgabe.

Zum Petroleumhandel werden erneut zugelassen:

1. Hemm, Röhm 15
2. Führer, Krakau, Quellbergweg 25
3. Meyer, Israel, Fleischergasse 87
4. Klatt, Schidlitz, Karthäuserstr. 71
5. Herz, Stadtgebiet, Grauer Weg 8
6. Fieber, Hundegasse 52
7. Ewers, Petershagen 8
8. Pieper, Stadtgebiet 20

Ummeldungen der Petroleumkunden von dem früheren zu einem anderen Petroleumhändler sind nur durch Vermittlung des Leuchtstoffamts zulässig.

Neuaufruf von Petroleummarken.

Neu aufgerufen werden:

Marke 4 der Petroleumkarte A zur Belieferung mit 2 Ltr. Petroleum.
Marke 4 der Petroleumkarte B zur Belieferung mit 1 Ltr. Petroleum.
Marke 4 der Petroleumkarte C zur Belieferung mit 1 Ltr. Petroleum.

Die bereits aufgerufenen und noch nicht belieferten Petroleummarken sind in erster Linie zu beliefern. Erneut wird darauf hingewiesen, daß Petroleumzuteilungsmarken stets und von jedem Händler zu beliefern sind. Händler, die gegenwärtig noch nicht mit dem genügenden Petroleum beliefert sind, erhalten dieses in den nächsten Tagen.

Auf Absatz 2 des § 17 der Bekanntmachung über die Abgabe von Petroleum im Kleinhandel, nach welchem die Händler die belieferten Marken am 15. und letzten jeden Monats in dem Landesfettamt abgegeben haben, wird besonders hingewiesen, ferner auf § 21 a. a. O., nach welchem jeder Händler bis zum 5. jeden Monats schriftlich nach vorgeschriebenem Formular zu berichten hat:

1. wieviel er im verflossenen Monat erhalten hat,
2. wieviel er davon abgegeben hat,
3. wieviel Bestand ihm am Monatsschluß verblieben ist.

Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmungen müssen wir uns im Interesse einer gerechten Petroleumverteilung die Entziehung des Handels mit Petroleum vorbehalten, wenn nicht eine Bestrafung gemäß § 23 a. a. O. angebracht erscheint.

Der Kleinhandelspreis für Petroleum ist durch das Reichswirtschaftsamt auf Mk. 2,75 für einen Liter festgesetzt.

Danzig, den 7. Januar 1920.
Der Magistrat. (36

Anordnung gegen den Wucher bei der Vermittlung von Mieträumen.

Die für die Vermittlung von Mieträumen zu zahlende Gebühr wird gemäß § 5 der Reichsverordnung gegen den Wucher bei Vermittlung von Mieträumen vom 31. Juli 1919 — R. G. Bl. S. 1364 —

auf 2 — zwei — vom Hundert

des einjährigen Mietzinses festgesetzt.

Danzig, den 1. Januar 1920. (78
Der Magistrat.

Oliva.

Verteilung von Auslandsschweinefleisch, Auslandsschmalz, Butter und Talg auf die Lebensmittelkarten.

Auf Marke B der Lebensmittelkarten Nr. 9801 bis 12100 kommen von Freitag, den 9. d. Mts. ab oben aufgeführte Waren zum Verkauf. Es werden verabfolgt:

100 Gramm Auslandsschweinefleisch oder 50 Gramm Auslandsschmalz oder 50 Gramm Butter oder 50 Gramm Talg.

Es ist erhältlich:

Auslandsschweinefleisch: bei Fleischermeister Walter Frommann, Rud. Haber und Kohn.

Auslandsschmalz: bei Fleischermeister Walter Frommann und Rud. Haber.

Butter: in den Meiereien Jeszewski und Kleschkau.

Talg: bei Fleischermstr. Heinrich Frommann.

Wer die ihm zustehenden Waren bis Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 7 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Oliva, den 7. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Scheffler. **Der Arbeiterrat.** Ostrowski.

Verteilung von Haferflocken und Nährsuppen.

Auf Marke 9 der Lebensmittelkarten kommen Haferflocken und Nährsuppen zur Verteilung. Die Bezugsabschnitte der vorbezeichneten Marke sind sofort, spätestens bis Freitag, den 9. ds. Mts. bei den hiesigen Kleinhändlern abzugeben, die die Bezugsabschnitte am Sonnabend, den 10. ds. Mts. genau gezählt und zu hundert gepackt auf dem Lebensmittelamt einzureichen haben. Die Verteilung der Haferflocken an die Kaufleute erfolgt am Montag, den 12. ds. Mts. durch Herrn Mühlenbesitzer Czachowski und die Verteilung der Nährsuppen am selben Tage durch Herrn Kaufmann Tietz. Der Verkauf der Waren an die Verbraucher findet von Dienstag, den 13. ds. Mts. ab gegen Abgabe der Quittungen über den Bezugsabschnitt 9 statt. **Jeder erhält ein Pfund Haferflocken und ein Pfund Nährsuppen.** Wer die ihm zustehenden Waren bis Donnerstag, den 15. ds. Mts., abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Die in Empfang genommenen Quittungen über die Bezugsabschnitte sind von den Kaufleuten am Freitag, den 16. ds. Mts. ebenfalls genau gezählt und zu hundert gepackt auf dem hiesigen Lebensmittelamt einzureichen.

Oliva, den 7. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Scheffler. **Der Arbeiterrat.** Ostrowski.

Butterversorgung.

Die in der Versorgung der Einwohnerschaft mit Butter entstandenen Schwierigkeiten haben bisher nicht beseitigt werden können. Die Provinzialfettstelle für Westpreußen hat folgendes mitgeteilt: „Die Belieferung mit Naturbutter erfolgt nach Maßgabe der Buttereingänge, die außerordentlich gering sind. Es sind im Dezember bis jetzt nur ca. 80 Ztr. seitens der Molkereien zur Ablieferung gelangt. Die von uns zu beliefernden Stellen werden gleichmäßig bedacht; zunächst hat die Stadt Danzig erhalten. Jetzt wird für Thorn geliefert, alsdann kommen Oliva und Zoppot heran. Wann der dortigen Stelle das zustehende Quantum für eine einmalige Verteilung von 50 Gramm wird überwiesen werden können, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen."

Oliva, den 7. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher J. V.: Scheffler. **Der Arbeiterrat** Ostrowski.

Verteilung von Auslandsschweinefleisch auf die Einfuhrzusatzkarten.

Auf Marke 8 der Einfuhrzusatzkarten vom 12. Dezember 1919 kommt vom Freitag, den 9. d. Mts. ab in sämtlichen Fleischereien Auslandsschweinefleisch zum Verkauf; jeder erhält 125 Gramm Auslandsschweinefleisch. Der Kleinverkaufspreis beträgt Mk. 5,30 für das Pfund. Wer das ihm zustehende Schweinefleisch bis Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 7 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Die Inhaber der Fleischereien werden angewiesen, die in Empfang genommenen Marken am Montag, den 12. d. Mts. bis 10 Uhr vormittags genau gezählt und zu Hundert gepackt auf dem Lebensmittelamt einzureichen.

Oliva, den 7. Januar 1920.

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Scheffler. **Der Arbeiterrat.** Ostrowski.

Karbidlampen zu reparieren, einarm billig. (41
Karbid unter Tagespreis. Händler auch Wagenl. Bernstein & Comp., Danzig, Langgasse 50.

Alte Metalle kauft zu höchsten Preisen P. Pranski, Sandgrube 48. (67

Winter-Überzieher gut erh. billig zu verkaufen Katerstr., Hirschg. 2 b pt. li.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Ortsgruppe Danzig, Bezirk Ldz.

Nachruf.

Am Montag, den 5. Januar verstarb unser Kollege, Hilfsschaffner

Paul Denz

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Der Vorstand
I. A. Glaeske.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Ohra, Schönfelderweg 33 aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. (71

Gestern früh entschlief nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tochter

Frau Anna Neidenberger
geb. Schwertfeger, verw. Göhrke

im Alter von 28 Jahren.

Dieses zeigt tiefbetrübt an

Paul Neidenberger.

Danzig, den 8. Januar 1920. (68

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 8. Januar 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten B 2.
Ein Maskenball
Große Oper in 5 Akten von Giuseppe Verdi.

Freitag, den 9. Januar 1920, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Frau Holle
Weihnachtsmärchen in 8 Bildern von Görner.

Abends 6 Uhr
Dauerkarten C 2.
Zum 6. Male.
Die Frau im Hermelin
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.

Sonnabend, den 10. Januar 1920, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Frau Holle
Weihnachtsmärchen mit Tanzeinlagen.

Abends 6 Uhr
Dauerkarten D 11.
Zum 1. Male.
Erziehung zur Liebe
Ein ernstes Spiel von Hans Kyser.

Sonntag, den 11. Januar 1920, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Frau Holle
Weihnachtsmärchen mit Tanzeinlagen.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Koßmann.

Freitag, den 9. Januar, abends 6½ Uhr:

Liebeszauber

Operette in 3 Akten von Oskar Straus.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langermarkt 23.

Vorverkauf benutzen!

Arbeitsamt der Stadt Danzig

Arbeitsvermittlung nach Oberschlesien.

Wir haben Gelegenheit, einige hundert ungelernte Arbeiter in die **Oberschlesischen Kohlenbergwerke zu günstigen Bedingungen** zu vermitteln. Die Arbeitsbedingungen können in unserer Vermittlungsstelle, Töpfergasse 1—3 während der Dienststunden eingesehen werden. Auskunft erteilen ferner die hiesigen Gewerkschaften und der Arbeitslosenrat, deren Vertreter sich in Oberschlesien über die dortigen Verhältnisse selbst unterrichtet haben. Arbeitswillige im Alter von 18—30 Jahren werden ersucht, sich bei der Vermittlungsstelle Töpfergasse 1—3 zu melden und bei der Meldung Stammkarte und Invalidenkarte, gegebenenfalls auch Arbeitsbuch mitzubringen. (77

Danzig, den 7. Januar 1920.
Der Magistrat.

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Karbid,
Karbidlampen in großer Auswahl zu bill. Preisen
Karbidbrenner,
Brennerreiniger,
Benzin-Feuerzeuge,
elektr. Taschenlampen,
Batterien und Birnen,
Gummi-
Mäntel, Schläuche, Friedensw. sow. Auslandsw., in gr. Auswahl am Lager.
Danziger Fahrrad-Zentrale
Breitgasse 56. (65

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig
Bernstein & Comp.,
Langgasse 50. (8249

U.T
Lichtspiele am Hauptbahnhof.

Vom 6. bis 8. Januar
Der Dieb im Frack.
Ein Abenteurer-Roman in 5 Akten.
Hauptrolle:
Louis Ralph

Die Zwillinge des Herrn Sebastian
Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Arnold Rieck

Voranzeige!
Ab 9. Januar
Die Herrin der Welt
III. Teil.

Kosmos-Abreiß-Kalender
1·9·2·0
Preis 4.40 Mark
Buchhandlung »Volksstimme«
Am Spendhaus 6 · Filiale: Paradiesgasse 32

Hasen- und Kaninfelle
sowie sämtliche andere Sorten
Häute und Felle
kauft zu höchsten Preisen (52
— Auf Wunsch werden die Felle abgeholt. —
J. S. Bauer, Schellmühl
Telephon 1639. Broschkischer Weg 22.

Verzogen von Heidseestraße 32 ab 1. 1. 20 nach Heidseestr. 40.
Faltin, prakt. Arzt,
Heubude. (72

Rathsfeldsches Pulver stoffwechselbeförderndes **Blutreinigungs-Pulver** seit altersher erprobt und mit Erfolg angewandt bei Gicht u. Rheuma, Magen-, Verdauungsbeschwerden, Nieren-, Blasenleid., Flecht. u. Hautunreinigkeit., Hautjucken, Hämorrhoiden und Leberleid. Schacht Mk. 4.—
Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt.
Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6023

Interessante Bücher!
Geschäftsbriefsteller M. 3.50
Liebesbriefsteller M. 2.50
Grosses Traumbuch M. 2.50
Tanzlehrbuch M. 2.50
Grosses Liederbuch M. 2.—
1000 Schnadahüpfln M. 1.50
Witze z. Totlachen M. 2.—
Grosses Kochbuch M. 2.50
Grosses Rätselbuch M. 3.50
Hochzeitsgedichte M. 2.50
Praktisch. Hausarzt M. 3.50
Albumverse M. 2.00
Verlag Johanna Stopp, München, Hohenzollernstrasse 77. (8227

Schuhmacher-Maschinen
für Schäftestepperei und Reparaturen sof. lieferbar.
Bernstein & Comp.,
Danzig, Langgasse Nr. 50. (42

Alte Grammophonplatten, auch zerbrochen, kauft zu höchsten Preisen (16
Adolph Dehn, Burgstr. 11.

Nähfaden, beste Zellstoffware, schwarz u. weiß, 4 Rollen M. 4.40, 10 Rollen 10 M. H. Flügge, München 45 (8229

Kaufe jeden Posten Zinn, Kupfer, Messing, Zink und Blei.
Piotzki, Schüsseldamm 11.
Tel. 3889. (53

Wer bar Geld braucht
wend. sich direkt a. R. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9.

Möbl. Zimmer
an Herrn zu vermieten (†
Am Schild 14, 2 Tr. links.

Schlafstelle frei
Spandauerbrücke 12 II.

Bonbonkocher
sucht für Nachmittags Beschäftigung. Zu erfragen Elita, Hauptstr. 65, Keller (†

Jung. Mädch. w. d. Handelsschule bes. hat u. auch prakt. tätig gewesen ist, sucht Stell. in Kontor. Off. u. N 52 an die Exped. d. Bl. (

Lehrlinge
zum Erlern. d. Mechanik und Autobau stellen ein
Altendorff & Löwenthal, Danziger Automobil- und Fahrradwerke, G. m. b. H., Karthäuserstraße 17 (

Arbeiter! Frauen!

Grosse öffentliche

Volksversammlung

findet am **Freitag, den 9. Januar 1920, abends 6 Uhr im Ohra, „Zur Ostbahn"** statt.

Thema: **Die politische Lage**
Referent: **Hugo Eberlein**

Freie Aussprache (66

K. P. D. (Spartakus-Bund), Ortsgruppe Danzig.